



STUDIO BIFURKATION
INTERLEKTISCHE COPOIESE · IC

Maßnahmenkatalog zur Stärkung der Demokratie in Europa

Eine kritische Evaluierung nach Wirksamkeit, Umsetzbarkeit
und Nachhaltigkeit

Juli 2026

Non Profit Atelier – Studio Bifurkation: Dr. Markus und Thomas Reiner. Erstellt mit KI-Unterstützung (Claude Fable 5 , Anthropic) auf Basis öffentlich zugänglicher Quellen. Alle Kernaussagen sind mit Quellenangaben versehen; empirische Lücken sind ausgewiesen. Vor politischer Verwendung ist eine fachliche und juristische Prüfung erforderlich.

Executive Summary

Ausgangslage. Die Demokratie in Europa steht 2026 unter dem stärksten Druck seit Jahrzehnten – und zeigt zugleich bemerkenswerte Widerstandskraft. Der V-Dem Democracy Report 2026 zählt erstmals mehrere westeuropäische Staaten (u. a. Italien, Slowakei, Slowenien, Kroatien, Vereinigtes Königreich) zu den autokratisierenden Ländern; weltweit leben nur noch 7 % der Menschen in liberalen Demokratien. Die annullierte rumänische Präsidentschaftswahl 2024 hat gezeigt, wie verwundbar Wahlen gegenüber digitaler Einflussnahme sind. Zugleich belegen der Regierungswechsel in Ungarn (April 2026) und das mit 52 % höchste EU-Vertrauen seit 2007 (Eurobarometer Frühjahr 2025), dass demokratische Selbstkorrektur möglich ist. Das Zeitfenster für Reformen ist offen – aber es ist schmal.

Ziel und Methode. Dieser Katalog bündelt 20 Maßnahmen in fünf Dimensionen (institutionelle Stabilität, Partizipation, soziale Gerechtigkeit, kulturelle Resilienz, internationale Zusammenarbeit), ordnet sie drei Zeithorizonten zu (0–2, 2–10, 10+ Jahre) und bewertet jede Maßnahme entlang von fünf Kriterien: Wirksamkeit, Umsetzbarkeit, Risiken, Skalierbarkeit, Nachhaltigkeit. Grundlage sind aktuelle Berichte (V-Dem 2026, Freedom House 2026, EU-Rechtsstaatsbericht 2025, OECD, Eurobarometer) sowie Fallstudien erfolgreicher und gescheiterter Reformen.

Die fünf wichtigsten Empfehlungen:

- **1. Wahlen sofort härten (Quick Win):** EU-weites Krisenprotokoll für Wahlperioden, konsequente DSA-Durchsetzung gegen sehr große Plattformen und ein funktionsfähiges Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz – die Lehren aus Rumänien 2024 sind umsetzungsreif.
- **2. Geld an Rechtsstaat koppeln – schneller und härter:** Die Konditionalitätsverordnung hat in Ungarn nachweislich mehr bewirkt als das Artikel-7-Verfahren. Sie sollte im Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 zum Standardinstrument werden, mit klaren Auszahlungskriterien und Schutz der Endbegünstigten.
- **3. Bürgerräte mit Antwortpflicht institutionalisieren:** Die OECD-Evidenz („deliberative wave“) und die irischen Erfahrungen zeigen: Losbasierte Bürgerräte können Vertrauen aufbauen – aber nur, wenn Parlamente und Regierungen verbindlich auf die Empfehlungen antworten müssen.
- **4. Demokratie- und Medienkompetenz als Daueraufgabe finanzieren:** Politische Bildung und Medienkompetenz nach finnischem Vorbild wirken langsam, aber tief. Das EU Basic Skills Support Scheme 2026 und nationale Demokratiefördergesetze sollten verstetigt statt projektfinanziert werden.
- **5. Soziale Teilhabe als Demokratiepoltik begreifen:** Vertrauensverlust konzentriert sich in abgehängten Regionen und benachteiligten Gruppen. Kohäsions- und Sozialpolitik sind daher keine Nebenschauplätze, sondern Kerninstrumente der Demokratiesicherung.

Zentrale Botschaft. Es gibt keinen einzelnen Hebel, der Demokratie sichert. Wirksam ist die Kombination aus schnellem Schutz (Wahlen, Desinformationsabwehr), mittelfristigem Umbau (Rechtsstaatskonditionalität, Medienunabhängigkeit, Partizipation) und langfristiger Fundamentpflege (Bildung, sozialer Zusammenhalt, digitale Souveränität). Jede Schutzmaßnahme muss dabei selbst demokratischen Standards genügen – sonst bestätigt sie die Erzählung ihrer Gegner.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary.....	2
Inhaltsverzeichnis.....	4
1. Einleitung.....	7
1.1 Relevanz: Warum jetzt?.....	7
1.2 Ziel des Katalogs.....	7
1.3 Demokratieverständnis: Fünf Dimensionen.....	7
1.4 Methodik und Quellenbasis.....	8
2. Kernherausforderungen für die Demokratie in Europa (2026).....	9
2.1 Autokratisierung erreicht Westeuropa.....	9
2.2 Desinformation, Informationsmanipulation und ausländische Einflussnahme (FIMI).....	9
2.3 Vertrauenskrise gegenüber nationalen Institutionen.....	9
2.4 Polarisierung und Populismus.....	10
2.5 Soziale Ungleichheit und territoriale Spaltung.....	10
2.6 Druck auf Medienfreiheit und schrumpfende zivilgesellschaftliche Räume.....	10
2.7 Zwischenfazit: Ein sich selbst verstärkender Zyklus.....	10
3. Maßnahmenkatalog.....	12
3.1 Übersicht: 20 Maßnahmen auf einen Blick.....	12
3.2 Die Maßnahmen im Einzelnen.....	14
Handlungsfeld A: Institutionelle Stabilität und Rechtsstaatlichkeit.....	14
Maßnahme 1: Rechtsstaats-Konditionalität als Standardinstrument im EU-Haushalt (MFR 2028+).....	14
Maßnahme 2: EU-Krisenprotokoll für Wahlen und Härtung der Wahlinfrastruktur.....	14
Maßnahme 3: Erweitertes Demokratie-Monitoring mit gestuften Konsequenzen („Demokratie-Score“).....	15
Maßnahme 4: Europäischer Schutzschirm für Justiz- und Verfassungsgerichtsunabhängigkeit.....	16
Maßnahme 5: Reform des Artikel-7-Verfahrens und Entscheidungsverfahren bei Wertefragen.....	16
Handlungsfeld B: Partizipation.....	17
Maßnahme 6: Institutionalisierte Bürgerräte mit Antwortpflicht (national und EU).....	17
Maßnahme 7: Wahlzugang erweitern: Wahlalter 16, einfachere Registrierung, inklusive Briefwahl.....	17
Maßnahme 8: Digitale Verwaltung und i-Voting-Pilotprojekte nach estnischem Vorbild.....	18
Maßnahme 9: Reform der Europäischen Bürgerinitiative (EBI).....	18
Maßnahme 10: Jugendpartizipation strukturell verankern („Youth Check“ und Jugendräte).....	18
Handlungsfeld C: Bildung und kulturelle Resilienz.....	19
Maßnahme 11: Demokratiebildung curricular verankern (alle Schulformen, alle Mitgliedstaaten).....	19
Maßnahme 12: Flächendeckende Medien- und KI-Kompetenz nach finnischem Vorbild... ..	19
Maßnahme 13: Verlässliche Finanzierung der demokratischen Zivilgesellschaft (Demokratiefördergesetze, CERV+).....	20
Handlungsfeld D: Medienfreiheit und digitaler Raum.....	21
Maßnahme 14: Digital Services Act konsequent durchsetzen; Forschungsdatenzugang real machen.....	21
Maßnahme 15: EMFA vollständig umsetzen; Unabhängigkeit und Finanzierung öffentlich-rechtlicher und lokaler Medien sichern.....	21
Maßnahme 16: European Democracy Shield operationalisieren: Zentrum für demokratische Resilienz, Faktencheck-Netzwerk, FIMI-Abwehr.....	22

Maßnahme 17: Politische Online-Werbung neu ordnen: TTPA evaluieren und nachschärfen.....	22
Maßnahme 18: Digitale Souveränität: demokratische digitale Infrastruktur und offene Alternativen.....	23
Handlungsfeld E: Soziale Gerechtigkeit und internationale Zusammenarbeit.....	23
Maßnahme 19: Teilhabe-Offensive: Kohäsionspolitik für „abgehängte“ Regionen und Mindeststandards politischer Teilhabe.....	23
Maßnahme 20: Demokratie-Resilienzfonds und glaubwürdige Erweiterung (Ukraine, Westbalkan, Moldau).....	24
4. Vertiefte Fallstudien zu sechs Schlüsselmaßnahmen.....	25
Fallstudie F1: Der European Democracy Shield und das Zentrum für demokratische Resilienz – Schutz ohne Zensur? (zu Maßnahme 16).....	25
Hintergrund und Problemstellung.....	25
Konkrete Umsetzungsvorschläge.....	25
Kritische Bewertung.....	25
Empfohlene erste Schritte (Pilotcharakter).....	26
Fallstudie F2: DSA-Durchsetzung und die Lehren aus Rumänien 2024 (zu Maßnahmen 2 und 14).....	26
Hintergrund und Problemstellung.....	26
Konkrete Umsetzungsvorschläge.....	26
Kritische Bewertung.....	27
Empfohlene erste Schritte.....	27
Fallstudie F3: Rechtsstaats-Konditionalität – was der Fall Ungarn lehrt (zu Maßnahmen 1, 3 und 5).....	27
Hintergrund und Problemstellung.....	27
Konkrete Umsetzungsvorschläge.....	28
Kritische Bewertung.....	28
Empfohlene erste Schritte.....	28
Fallstudie F4: Bürgerräte institutionalisieren – von Irlands Erfolg zur europäischen Regel (zu Maßnahme 6).....	28
Hintergrund und Problemstellung.....	28
Konkrete Umsetzungsvorschläge.....	29
Kritische Bewertung.....	29
Empfohlene erste Schritte.....	29
Fallstudie F5: Demokratie- und Medienbildung – das langsamste, aber tiefste Instrument (zu Maßnahmen 11–13).....	30
Hintergrund und Problemstellung.....	30
Konkrete Umsetzungsvorschläge.....	30
Kritische Bewertung.....	30
Empfohlene erste Schritte.....	31
Fallstudie F6: Estlands i-Voting – Vorbild mit Bedienungsanleitung, nicht Blaupause (zu Maßnahme 8).....	31
Hintergrund und Problemstellung.....	31
Konkrete Umsetzungsvorschläge.....	31
Kritische Bewertung.....	32
Empfohlene erste Schritte.....	32
5. Zeitplan und Priorisierung.....	33
5.1 Prioritätenmatrix: Wirksamkeit × Umsetzbarkeit.....	33
5.2 Empfohlene Sequenzierung.....	33
6. Risikoanalyse: Widerstände und Gegenstrategien.....	34
6.1 Politische Widerstände.....	34
6.2 Gesellschaftliche Widerstände.....	34
6.3 Rechtliche Widerstände.....	34
6.4 Ressourcen- und Umsetzungsrisiken.....	35
7. Zukunftsszenarien: Europas Demokratie 2040.....	36
7.1 Optimistisches Szenario: „Resiliente Erneuerung“.....	36
7.2 Pessimistisches Szenario: „Erosion von innen“.....	36

7.3 Realistisches Szenario: „Umkämpfte Stabilität“.....	36
8. Die Rolle der Zivilgesellschaft, Medien und Wissenschaft.....	38
9. Qualitätssicherung: Plausibilitätscheck und simulierte Gegenrede.....	39
9.1 Konsistenzprüfung: Passen die Maßnahmen zusammen?.....	39
9.2 Simulierte externe Validierung: drei Einwände, ernst genommen.....	39
9.3 Ausgewiesene Wissenslücken.....	39
10. Fazit und Handlungsempfehlungen.....	41
Nächste Schritte für politische Entscheidungsträger:innen.....	41
Nächste Schritte für die Zivilgesellschaft.....	41
Nächste Schritte für die Wissenschaft.....	41
11. Anhang.....	42
11.1 Quellenverzeichnis (Auswahl, APA-Format).....	42
11.2 Glossar zentraler Begriffe.....	43
11.3 Anlaufstellen für Vertiefung.....	44

1. Einleitung

1.1 Relevanz: Warum jetzt?

Die europäische Demokratie erlebt eine Phase, in der sich Bedrohung und Erneuerung gleichzeitig verdichten. Auf der Bedrohungsseite: Der V-Dem Democracy Report 2026 („Unraveling the Democratic Era?“) diagnostiziert, dass die demokratische Rückentwicklung erstmals in großem Umfang westliche Demokratien erfasst hat – sechs der zehn neu als „autokratisierend“ eingestuften Länder liegen in Europa und Nordamerika, darunter Italien, die Slowakei, Slowenien, Kroatien und das Vereinigte Königreich (V-Dem Institute, 2026). Freedom House titelt 2026 „The Growing Shadow of Autocracy“ und dokumentiert unter anderem massive Rückschritte in Bulgarien (Freedom House, 2026). Die Annullierung der rumänischen Präsidentschaftswahl im Dezember 2024 wegen mutmaßlich russisch gestützter, über TikTok orchestrierter Einflussnahme war ein Präzedenzfall, der die Verwundbarkeit selbst etablierter Wahlverfahren offenlegte (Atlantic Council, 2024; Europäische Kommission, 2024).

Auf der Erneuerungsseite: Das Vertrauen in die EU erreichte im Frühjahr 2025 mit 52 % den höchsten Wert seit 2007 – deutlich über dem Vertrauen in nationale Regierungen (36 %) und Parlamente (37 %) (Eurobarometer 103, 2025). In Ungarn endete im April 2026 nach 16 Jahren die Fidesz-Regierung durch eine Wahl mit fast 79 % Beteiligung – ein Beleg dafür, dass auch stark beschädigte demokratische Systeme über Wahlen korrigierbar bleiben (bpb, 2026; ZDF, 2026). Und mit dem European Democracy Shield (November 2025) sowie dem Europäischen Zentrum für demokratische Resilienz (Februar 2026) hat die EU erstmals eine kohärente demokratiepolitische Schutzarchitektur skizziert (Europäische Kommission, 2025; EPRS, 2026).

Diese Gleichzeitigkeit begründet die Dringlichkeit dieses Katalogs: Reformfenster öffnen sich selten – und schließen sich schnell. Wer die Instrumente erst entwickelt, wenn die nächste Krise da ist, kommt zu spät.

1.2 Ziel des Katalogs

Der Katalog soll politischen Entscheidungsträger:innen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft eine strukturierte, kritisch geprüfte Grundlage für Prioritätensetzung bieten. Er beansprucht nicht, ein fertiges Regierungsprogramm zu sein, sondern ein Werkzeugkasten mit expliziten Bewertungen: Was wirkt nachweislich? Was ist politisch realistisch? Wo liegen Risiken und Zielkonflikte? Was ist übertragbar, was kontextgebunden?

1.3 Demokratieverständnis: Fünf Dimensionen

Demokratie wird hier – im Anschluss an die Konzepte von V-Dem („liberale Demokratie“), des Europarats und des EU-Rechtsstaatsberichts – nicht auf Wahlen reduziert, sondern als mehrdimensionales System verstanden. Der Katalog adressiert fünf Dimensionen:

- **Institutionelle Stabilität:** Gewaltenteilung, unabhängige Justiz und Verfassungsgerichte, Rechtsstaatlichkeit, freie und integre Wahlen, unabhängige Kontrollinstanzen (Rechnungshöfe, Ombudsstellen, Antikorruptionsbehörden).
- **Partizipation:** Wahlbeteiligung und Wahlzugang, bürgerschaftliches Engagement, deliberative Verfahren (Bürgerräte), politische Bildung, digitale Beteiligungsformen, Jugendpartizipation.

- **Soziale Gerechtigkeit:** Zugang zu Bildung und wirtschaftlicher Teilhabe, Minderheitenschutz, Antidiskriminierung, regionale Chancengleichheit – als Voraussetzung dafür, dass Demokratie als „fair für alle“ erlebt wird.
- **Kulturelle Resilienz:** Medienfreiheit und -pluralismus, Widerstandsfähigkeit gegen Desinformation und Informationsmanipulation, Wissenschaftsfreiheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt und demokratische Alltagskultur.
- **Internationale Zusammenarbeit:** EU-Integration und Erweiterung, Schutz vor ausländischer Einflussnahme (FIMI), Demokratieförderung in der Nachbarschaft (Ukraine, Westbalkan, Moldau), Kooperation demokratischer Staaten.

Diese Dimensionen sind interdependent: Eine unabhängige Justiz nützt wenig, wenn Desinformation Wahlen verzerrt; Medienkompetenz allein hilft nicht, wenn ganze Regionen sich wirtschaftlich abgehängt fühlen. Der Katalog ist daher bewusst als Portfolio angelegt.

1.4 Methodik und Quellenbasis

Die Bewertung stützt sich auf drei Quellentypen: (1) vergleichende Demokratie-Indizes und amtliche Berichte (V-Dem Democracy Report 2026, Freedom in the World 2026, EU-Rechtsstaatsbericht 2025, Standard-Eurobarometer 103/2025, Democracy Perception Index 2025, OECD Government at a Glance 2025); (2) evaluierte Fallstudien und Politikanalysen (OECD-Evaluationsrahmen für deliberative Verfahren, Analysen zu Estlands i-Voting, zum rumänischen Wahlfall, zur ungarischen Konditionalitätspraxis); (3) Positionen von Demokratieforscher:innen und Think Tanks (u. a. Ivan Krastev, Yascha Mounk, European Policy Centre, Liberties, EPRS).

Jede Maßnahme wird nach fünf Kriterien bewertet: Wirksamkeit (erwarteter Effekt, empirische Belege), Umsetzbarkeit (politisch, rechtlich, finanziell), Nebenwirkungen/Risiken (inkl. Zielkonflikte und Pfadabhängigkeiten), Skalierbarkeit (Übertragbarkeit auf andere Staaten) und Nachhaltigkeit (Dauerhaftigkeit, Anpassungsfähigkeit an neue Bedrohungen wie KI-generierte Desinformation). Die Skala „hoch / mittel / gering“ ist eine begründete Experteneinschätzung auf Basis der zitierten Literatur, keine metrische Messung – wo die Evidenzlage dünn ist, wird dies ausdrücklich vermerkt.

Grenzen: Der Katalog abstrahiert notwendigerweise von nationalen Besonderheiten (Verfassungsrecht, politische Kultur, Parteiensysteme). Kostenangaben sind Größenordnungen, keine Haushaltsplanungen. Zu mehreren Maßnahmen – insbesondere zu langfristigen Effekten von Bürgerräten, Medienkompetenzprogrammen und Algorithmenregulierung – ist die kausale Evidenz begrenzt; der Katalog benennt diese Wissenslücken jeweils explizit.

2. Kernherausforderungen für die Demokratie in Europa (2026)

Sechs Problemkomplexe prägen die Bedrohungslage. Sie sind analytisch trennbar, verstärken sich aber wechselseitig.

2.1 Autokratisierung erreicht Westeuropa

Nach V-Dem befinden sich 2025 fast ein Viertel aller Staaten weltweit in einem Autokratisierungsprozess; 41 % der Weltbevölkerung leben in autokratisierenden Ländern, nur noch 7 % in liberalen Demokratien. Neu auf der Liste der Autokratisierer stehen u. a. Italien, die Slowakei, Slowenien, Kroatien und das Vereinigte Königreich (V-Dem Institute, 2026). Das zentrale Muster: Der Abbau beginnt fast immer bei der Meinungs- und Medienfreiheit – Medienzensur ist laut V-Dem das am weitesten verbreitete Instrument demokratischer Erosion. Der EU-Rechtsstaatsbericht 2025 bestätigt den Befund für die Union: Nur 18 % der länderspezifischen Empfehlungen wurden vollständig oder signifikant umgesetzt (Vorjahr: 20 %); in Ungarn gab es bei sieben von acht Empfehlungen keinerlei Fortschritt, in der Slowakei blieben sechs von sieben Empfehlungen unbearbeitet (Europäische Kommission, 2025; Liberties, 2025).

Wichtige Differenzierung: Der ungarische Machtwechsel vom April 2026 (Tisza-Partei: 53,2 %, Wahlbeteiligung 79 %) zeigt, dass „competitive authoritarianism“ an Grenzen stößt – Ivan Krastev kommentierte: „Democracy cannot tolerate governments staying for too long“ (Mounk/Krastev, 2026). Zugleich hinterlässt die Fidesz-Ära vermachtete Institutionen, deren Rückbau Jahre dauern wird. Autokratisierung ist reversibel – aber die Reparatur ist teurer als die Prävention.

2.2 Desinformation, Informationsmanipulation und ausländische Einflussnahme (FIMI)

Der rumänische Fall ist die bislang drastischste Illustration: Koordinierte inauthentische Konten, algorithmische Verstärkung und nicht deklarierte Kampagnenfinanzierung auf TikTok trugen dazu bei, dass ein weitgehend unbekannter Kandidat die erste Runde der Präsidentschaftswahl gewann; das Verfassungsgericht annullierte die Wahl im Dezember 2024, die Kommission eröffnete ein förmliches DSA-Verfahren gegen TikTok (Europäische Kommission, 2024; Global Witness, 2025). 2026 folgte ein weiteres Verfahren gegen X, u. a. wegen Risiken des KI-Systems Grok (eucrim, 2026). KI-generierte Inhalte senken die Kosten von Desinformationskampagnen drastisch und machen Detektion schwerer – eine Bedrohung, die sich schneller entwickelt als die Regulierung.

Zielkonflikt: Jede Verschärfung der Inhalte-Regulierung provoziert Zensurvorfürfe – nicht nur von autoritärer Seite. Der European Democracy Shield wird von Bürgerrechtsorganisationen und Teilen der Presse kritisch auf Meinungsfreiheitsrisiken geprüft (EPRS, 2026; NEOS, 2026). Der Katalog behandelt diesen Zielkonflikt in Kapitel 6 ausführlich.

2.3 Vertrauenskrise gegenüber nationalen Institutionen

Das Vertrauensgefälle ist markant: 52 % der Europäer:innen vertrauen der EU, aber nur 36 % ihrer nationalen Regierung und 37 % ihrem nationalen Parlament (Eurobarometer 103, 2025). Der Democracy Perception Index 2025 (111.000 Befragte in 100 Ländern) zeigt das Muster global: Die Zustimmung zur Demokratie als Ordnungsform bleibt hoch (über zwei Drittel halten Demokratie für

sehr wichtig), aber die Unzufriedenheit mit der Leistung der Regierungen – insbesondere bei Lebensstandard und Sicherheit – wächst (Alliance of Democracies, 2025). Die Gefahr liegt weniger im offenen Systemwechsel als in schleichender Entfremdung: sinkende Beteiligung, Empfänglichkeit für „starke“ Alternativen, Rückzug aus der demokratischen Öffentlichkeit. Krastev beschreibt das Paradox, dass Bürger:innen formal wählen können und sich dennoch machtlos fühlen – ein Nährboden für Polarisierung und Echokammern (Krastev, 2025).

2.4 Polarisierung und Populismus

Affektive Polarisierung – die Abwertung politischer Gegner als Feinde – untergräbt die Kompromissfähigkeit, auf der parlamentarische Systeme beruhen. Populistische Parteien sind 2026 in mehreren EU-Staaten an Regierungen beteiligt oder führen Umfragen an; ihr Kernnarrativ („korrupte Eliten gegen das wahre Volk“) delegitimiert unabhängige Institutionen wie Gerichte, öffentlich-rechtliche Medien und Wahlbehörden. Wichtig für die Maßnahmenbewertung: Populismus ist Symptom und Ursache zugleich – er speist sich aus realen Repräsentationslücken und Statusängsten. Reine Abwehrstrategien (Verbote, Ausgrenzung) adressieren das Symptom, nicht die Ursache, und können Märtyrereffekte erzeugen.

2.5 Soziale Ungleichheit und territoriale Spaltung

Nur 11 % der Deutschen empfinden die sozialen Unterschiede als gerecht; 64 % verneinen dies – 2020 waren es noch 46 % (Bertelsmann Stiftung, 2024; bpb/APuZ, 2025). Die OECD zeigt, dass Chancengleichheit und soziale Mobilität direkt mit Institutionenvertrauen korrelieren (OECD, 2025). Territorial verdichtet sich das Problem in strukturschwachen Regionen – „places that don't matter“ (Rodríguez-Pose) –, in denen antidemokratische Parteien überproportional stark sind. Die JRC-Analyse „Where we live changes our trust in institutions“ (2025) bestätigt: Wohnort und Institutionenvertrauen hängen systematisch zusammen. Demokratiepoltik, die diese materielle Dimension ignoriert, bleibt Symptombekämpfung.

2.6 Druck auf Medienfreiheit und schrumpfende zivilgesellschaftliche Räume

Der EU-Rechtsstaatsbericht 2025 dokumentiert anhaltenden Druck auf Journalist:innen und Medienvielfalt; V-Dem misst den historisch stärksten globalen Rückgang der Meinungsfreiheit (V-Dem Institute, 2026). Der European Media Freedom Act (EMFA), seit August 2025 vollständig anwendbar, schafft erstmals EU-weite Standards (Quellenschutz, Spyware-Verbot gegen Journalist:innen, Transparenz der Medieneigentümerschaft, unabhängige Aufsicht durch das European Board for Media Services) – seine Wirkung hängt jedoch vollständig von nationaler Umsetzung und Durchsetzung ab (Liberties, 2025). Parallel schrumpfen zivilgesellschaftliche Handlungsräume („shrinking civic space“) durch restriktive NGO-Gesetzgebung, Verwaltungsdruck und Finanzierungsunsicherheit – der Rechtsstaatsbericht nennt Ungarn als gravierendsten Fall.

2.7 Zwischenfazit: Ein sich selbst verstärkender Zyklus

Die sechs Problemfelder bilden einen Teufelskreis: Soziale Exklusion nährt Vertrauensverlust; Vertrauensverlust macht empfänglich für Desinformation und Populismus; populistische Regierungen bauen Kontrollinstitutionen und Medienfreiheit ab; geschwächte Institutionen können

soziale Probleme schlechter lösen. Wirksame Demokratiepoltik muss diesen Zyklus an mehreren Stellen gleichzeitig unterbrechen – genau darauf ist der folgende Katalog angelegt.

3. Maßnahmenkatalog

3.1 Übersicht: 20 Maßnahmen auf einen Blick

Die folgende Tabelle fasst alle Maßnahmen mit Zeithorizont und Kurzbewertung zusammen. Die Einstufungen (hoch/mittel/gering) sind begründete Einschätzungen auf Basis der in Abschnitt 1.4 beschriebenen Quellen; die ausführliche Begründung folgt je Maßnahme in Abschnitt 3.2, für sechs Schlüsselmaßnahmen zusätzlich als Fallstudie in Kapitel 4.

Nr.	Bereich	Maßnahme	Zeitraum	Wirkung	Umsetzb.	Nachhalt.
1	Institutionen	Rechtsstaats-Konditionalität als Standardinstrument im EU-Haushalt (MFR 2028+)	Kurz- bis mittelfristig	Hoch	Mittel	Hoch
2	Institutionen	EU-Krisenprotokoll für Wahlen und Härtung der Wahlinfrastruktur	Kurzfristig	Hoch	Hoch	Mittel
3	Institutionen	Erweitertes Demokratie-Monitoring mit gestuften Konsequenzen („Demokratie-Score“)	Mittelfristig	Mittel–hoch	Mittel	Hoch
4	Institutionen	Europäischer Schutzschirm für Justiz- und Verfassungsgerichtsunabhängigkeit	Mittel- bis langfristig	Hoch	Gering–mittel	Hoch
5	Institutionen	Reform des Artikel-7-Verfahrens und Entscheidungsverfahren bei Wertefragen	Langfristig	Hoch	Gering	Hoch
6	Partizipation	Institutionalisierte Bürgerräte mit Antwortpflicht (national und EU)	Mittelfristig	Hoch	Mittel	Mittel–hoch
7	Partizipation	Wahlzugang erweitern: Wahlalter 16, einfachere Registrierung, inklusive Briefwahl	Mittelfristig	Mittel	Mittel	Hoch
8	Partizipation	Digitale Verwaltung und i-Voting-Pilotprojekte nach estnischem Vorbild	Langfristig	Mittel	Gering–mittel	Mittel
9	Partizipation	Reform der Europäischen Bürgerinitiative (EBI)	Kurz- bis mittelfristig	Mittel	Hoch	Mittel
10	Partizipation	Jugendpartizipation strukturell verankern („Youth Check“ und Jugendräte)	Mittelfristig	Mittel	Hoch	Hoch
11	Bildung	Demokratiebildung curricular verankern (alle Schulformen, alle Mitgliedstaaten)	Langfristig	Hoch	Gering–mittel	Hoch
12	Bildung	Flächendeckende Medien- und KI-Kompetenz nach finnischem Vorbild	Kurzfristiger Start, langfristige Wirkung	Hoch	Hoch	Hoch
13	Bildung	Verlässliche Finanzierung der demokratischen Zivilgesellschaft (Demokratieförderungsgesetze, CERV+)	Kurzfristig	Mittel–hoch	Mittel	Hoch
14	Medien/ Digitales	Digital Services Act konsequent durchsetzen; Forschungsdatenzugang real machen	Kurzfristig	Mittel–hoch	Hoch	Mittel
15	Medien/ Digitales	EMFA vollständig umsetzen; Unabhängigkeit und Finanzierung	Mittelfristig	Hoch	Mittel	Hoch

Nr.	Bereich	Maßnahme	Zeitraum	Wirkung	Umsetzb.	Nachhalt.
		öffentlich-rechtlicher und lokaler Medien sichern				
16	Medien/ Digitales	European Democracy Shield operationalisieren: Zentrum für demokratische Resilienz, Faktencheck-Netzwerk, FIMI-Abwehr	Kurzfristig	Mittel	Hoch	Mittel
17	Medien/ Digitales	Politische Online-Werbung neu ordnen: TTPA evaluieren und nachschärfen	Kurz- bis mittelfristig	Mittel	Mittel	Mittel
18	Medien/ Digitales	Digitale Souveränität: demokratische digitale Infrastruktur und offene Alternativen	Langfristig	Mittel–hoch	Gering	Hoch
19	Soziale Gerechtigkeit	Teilhabe-Offensive: Kohäsionspolitik für „abgehängte“ Regionen und Mindeststandards politischer Teilhabe	Mittel- bis langfristig	Hoch	Mittel	Hoch
20	International	Demokratie-Resilienzfonds und glaubwürdige Erweiterung (Ukraine, Westbalkan, Moldau)	Mittel- bis langfristig	Hoch	Mittel	Hoch

Lesehilfe Zeithorizonte: Kurzfristig (0–2 Jahre) = schnell wirksam, oft begrenzt nachhaltig; mittelfristig (2–10 Jahre) = strukturelle Wirkung bei höherem Implementierungsaufwand; langfristig (10+ Jahre) = systemische Wirkung, erfordert politische Ausdauer über Legislaturperioden hinweg.

3.2 Die Maßnahmen im Einzelnen

Handlungsfeld A: Institutionelle Stabilität und Rechtsstaatlichkeit

Maßnahme 1: Rechtsstaats-Konditionalität als Standardinstrument im EU-Haushalt (MFR 2028+)

Zeithorizont: Kurz- bis mittelfristig. Gesamtbewertung: Wirksamkeit hoch, Umsetzbarkeit mittel, Nachhaltigkeit hoch.

Beschreibung: Die Konditionalitätsverordnung (EU) 2020/2092 sowie die Kopplung von Kohäsions- und Aufbaufondsmitteln an Rechtsstaatsauflagen werden im Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 zum Regelfall: klare, überprüfbare Auszahlungskriterien („Super-Meilensteine“), automatische Auslösung, Schutzmechanismen für Endbegünstigte (Kommunen, NGOs, Studierende), damit Sanktionen Regierungen treffen und nicht Bürger:innen.

Wirksamkeit und Evidenz: Die Ungarn-Erfahrung zeigt: Eingefrorene Mittel (zeitweise rund 30 Mrd. €) waren das einzige Instrument, das messbare Reformschritte auslöste – etwa die Integritätsbehörde und Justizreformen 2023, die zur Freigabe von 10,2 Mrd. € führten (LTO, 2022; JuWissBlog, 2025). Das Artikel-7-Verfahren blieb dagegen wegen des Einstimmigkeitserfordernisses wirkungslos. Kritiker wenden zu Recht ein, dass Ungarn trotz blockierter Mittel den Rechtsstaatsabbau fortsetzte – Konditionalität bremst, heilt aber nicht.

Umsetzbarkeit: Rechtsgrundlage existiert; der EuGH hat die Verordnung 2022 bestätigt. Politisch umstritten bleibt die Anwendung gegen Regierungen, deren Stimmen man im Rat braucht (Beispiel Slowakei: trotz dokumentierter Verstöße wurden bis 2025 keine Mittel eingefroren; Balkan Insight, 2025). Erfordert Selbstbindung der Kommission an transparente Kriterien.

Nebenwirkungen und Risiken: Anti-EU-Mobilisierung („Brüssel bestraft unser Volk“); Härten für unbeteiligte Empfänger, wenn Schutzmechanismen fehlen; Gefahr politisch selektiver Anwendung, die die Glaubwürdigkeit beschädigt.

Skalierbarkeit: EU-weit einheitlich anwendbar; Vorbildwirkung für andere Förderregime (z. B. EWR-Mittel Norwegens).

Nachhaltigkeit: Hoch – finanzielle Anreize wirken dauerhaft und regierungsunabhängig, sofern Kriterien regelbasiert bleiben.

Maßnahme 2: EU-Krisenprotokoll für Wahlen und Härtung der Wahlinfrastruktur

Zeithorizont: Kurzfristig. Gesamtbewertung: Wirksamkeit hoch, Umsetzbarkeit hoch, Nachhaltigkeit mittel.

Beschreibung: Verbindliches Rapid-Response-Protokoll für die heiße Wahlkampfphase: Plattformen, nationale Wahlbehörden, das Europäische Zentrum für demokratische Resilienz und das European Cooperation Network on Elections aktivieren feste Melde- und Reaktionswege bei Manipulationsverdacht; dazu Cybersicherheits-Stresstests für Wahl-IT, Notfallpläne und transparente Ex-post-Berichte nach jeder Wahl.

Wirksamkeit und Evidenz: Direkte Antwort auf den rumänischen Präzedenzfall 2024: Erkannt wurde die Kampagne erst, als sie wirkte; die Annullierung selbst wurde zum demokratischen Trauma mit monatelangen Protesten (Atlantic Council, 2024). Frühwarnung und schnelle

Gegenmaßnahmen hätten den Eskalationsschritt möglicherweise erspart. TikTok verstärkte nach Verfahrenseröffnung seine Wahlschutzmaßnahmen nachweislich (u. a. 120 zusätzliche Expert:innen für Rumänien).

Umsetzbarkeit: Hoch – baut auf existierenden Strukturen auf (DSA-Krisenmechanismus Art. 36, Democracy Shield, ECNE); kein neues Primärrecht nötig. Hauptaufwand: Personal und Übungen.

Nebenwirkungen und Risiken: Missbrauchsgefahr des Begriffs „Wahlkrise“ durch Regierungen gegen unliebsame Opposition – daher unabhängige Auslösekriterien und gerichtliche Überprüfbarkeit zwingend. Annullierungen müssen Ultima Ratio mit hohen Beweisanforderungen bleiben.

Skalierbarkeit: Übertragbar auf alle Mitgliedstaaten und Kandidatenländer; OSZE/ODIHR-Standards anschlussfähig.

Nachhaltigkeit: Mittel – Protokolle veralten mit der Bedrohungslage (KI-Deepfakes) und müssen nach jedem Wahlzyklus aktualisiert werden.

Maßnahme 3: Erweitertes Demokratie-Monitoring mit gestuften Konsequenzen („Demokratie-Score“)

Zeithorizont: Mittelfristig. Gesamtbewertung: Wirksamkeit mittel–hoch, Umsetzbarkeit mittel, Nachhaltigkeit hoch.

Beschreibung: Weiterentwicklung des jährlichen Rechtsstaatsberichts zu einem umfassenden Demokratie-Monitoring (zusätzlich: Wahlintegrität, Medienpluralismus, zivilgesellschaftlicher Raum, Desinformationsresilienz) mit quantifizierten Indikatoren und automatisch gestuften Folgen: von öffentlicher Priorisierung über verpflichtende Reformdialoge bis zur Verknüpfung mit Maßnahme 1.

Wirksamkeit und Evidenz: Transparenz wirkt – aber nur mit Zähnen: Nur 18 % der Empfehlungen des Rechtsstaatsberichts 2025 wurden umgesetzt (Liberties, 2025). Ein Score erhöht Vergleichbarkeit und öffentlichen Druck (analog: EU-Justizbarometer, PISA-Effekt in der Bildungspolitik). Evidenz, dass Benchmarking allein Verhalten ändert, ist gemischt; entscheidend ist die Kopplung an Konsequenzen.

Umsetzbarkeit: Kommission kann Berichtswesen autonom ausbauen; Widerstand betroffener Regierungen gegen Quantifizierung ist sicher („Rankings stigmatisieren“). Methodische Sorgfalt nötig, um Scheinpräzision zu vermeiden.

Nebenwirkungen und Risiken: Indikator-Gaming; Politisierung der Methodik; Ermüdungseffekt, wenn Scores folgenlos bleiben.

Skalierbarkeit: Hoch – V-Dem/Freedom-House-Methodik existiert als Blaupause; auch für Erweiterungspolitik nutzbar.

Nachhaltigkeit: Hoch – institutionalisierte Berichtspflichten überdauern Regierungswechsel.

Maßnahme 4: Europäischer Schutzschirm für Justiz- und Verfassungsgerichtsunabhängigkeit

Zeithorizont: Mittel- bis langfristig. Gesamtbewertung: Wirksamkeit hoch, Umsetzbarkeit gering-mittel, Nachhaltigkeit hoch.

Beschreibung: Verbindlichere Verankerung der Standards der Venedig-Kommission (Richterernennung, Gerichtsverwaltung, Disziplinarrecht); EU-Unterstützungsfonds für bedrängte Justizangehörige; systematische Vorabbeurteilung des EuGH bei Justizreformen; Stärkung der Grundrechteagentur (FRA) mit erweitertem Mandat für Demokratie-Monitoring.

Wirksamkeit und Evidenz: Verfassungsgerichte und unabhängige Justiz sind die letzte Verteidigungslinie – Polen (bis 2023) und Ungarn zeigen, dass ihre Eroberung der Schlüsselschritt jeder Autokratisierung ist. Die EuGH-Rechtsprechung zu Art. 19 EUV hat reale Schutzwirkung entfaltet (Aussetzung polnischer Disziplinarkammer). Der EU-Rechtsstaatsbericht 2025 dokumentiert fortgesetzten Druck auf ungarische Richter:innen.

Umsetzbarkeit: Justizorganisation ist mitgliedstaatliche Kompetenz; jede Ausweitung von EU-Zugriff stößt auf Souveränitätsvorbehalte – auch in gefestigten Demokratien. Realistisch sind Netzwerke, Fonds und Rechtsprechungswege, nicht Harmonisierung.

Nebenwirkungen und Risiken: Vorwurf der „Justiz-Europäisierung“; Gegenreaktion nationaler Verfassungsgerichte (ultra-vires-Debatten).

Skalierbarkeit: Standards universal; Umsetzung stark pfadabhängig (unterschiedliche Justiztraditionen).

Nachhaltigkeit: Hoch – unabhängige Justiz schützt alle anderen Maßnahmen.

Maßnahme 5: Reform des Artikel-7-Verfahrens und Entscheidungsverfahren bei Wertefragen

Zeithorizont: Langfristig. Gesamtbewertung: Wirksamkeit hoch, Umsetzbarkeit gering, Nachhaltigkeit hoch.

Beschreibung: Übergang von Einstimmigkeit zu qualifizierter Mehrheit (bzw. Vier-Fünftel-Mehrheit) bei Sanktionsbeschlüssen nach Art. 7 EUV; perspektivisch Vertragsänderung, die systematische Wertfeindlichkeit mit abgestuften Mitgliedschaftsrechten verknüpft.

Wirksamkeit und Evidenz: Das Kernproblem ist dokumentiert: Weil sich betroffene Regierungen gegenseitig decken, ist Art. 7 „quasi wirkungslos“ (Ipb BW, 2024). Eine Mehrheitsregel würde die Blockade brechen und die Abschreckung real machen.

Umsetzbarkeit: Gering – erfordert Vertragsänderung mit Ratifikation in allen Mitgliedstaaten, z. T. per Referendum. Realistisch nur im Kontext einer größeren Vertragsreform (etwa im Zuge der Erweiterung). Der Konventsprozess sollte dennoch jetzt vorbereitet werden.

Nebenwirkungen und Risiken: Scheitern kann Reformmomentum insgesamt beschädigen; Missbrauchsangst kleinerer Staaten („Mehrheit gegen uns“) muss durch hohe Schwellen und rechtsstaatliche Verfahren adressiert werden.

Skalierbarkeit: EU-spezifisch; Signalwirkung für andere Regionalorganisationen.

Nachhaltigkeit: Hoch – Primärrecht ist die dauerhafteste Ebene.

Handlungsfeld B: Partizipation

Maßnahme 6: Institutionalisierte Bürgerräte mit Antwortpflicht (national und EU)

Zeithorizont: Mittelfristig. Gesamtbewertung: Wirksamkeit hoch, Umsetzbarkeit mittel, Nachhaltigkeit mittel–hoch.

Beschreibung: Losbasierte, repräsentativ zusammengesetzte Bürgerräte werden als ständiges Instrument verankert – mit gesetzlicher Pflicht der Parlamente/Regierungen, binnen fester Frist öffentlich und begründet auf jede Empfehlung zu antworten. Auf EU-Ebene: Verstetigung der European Citizens' Panels mit echter Agenda-Kopplung. Details in Fallstudie F4.

Wirksamkeit und Evidenz: OECD dokumentiert die „deliberative wave“ mit über 700 Verfahren und positiven Effekten auf Legitimität und Politikqualität; Irlands Assemblies bereiteten erfolgreich Verfassungsreferenden vor (OECD, 2020–2025). Aber: Wirkung hängt fast vollständig an der politischen Aufnahme der Ergebnisse (EPC, 2024; Föderalist, 2026).

Umsetzbarkeit: Mittel – kostengünstig, aber Parlamente fürchten Konkurrenz; Antwortpflicht erfordert politischen Willen.

Nebenwirkungen und Risiken: Alibi-Partizipation („Beteiligungstheater“) bei folgenloser Durchführung – dann kontraproduktiv für Vertrauen; begrenzte Reichweite in der breiten Bevölkerung.

Skalierbarkeit: Hoch – Verfahren in 20+ OECD-Ländern erprobt; kulturell anpassbar.

Nachhaltigkeit: Mittel–hoch; Langzeitevidenz zu Vertrauenseffekten fehlt noch – ehrliche Evaluation ist Teil der Maßnahme.

Maßnahme 7: Wahlzugang erweitern: Wahlalter 16, einfachere Registrierung, inklusive Briefwahl

Zeithorizont: Mittelfristig. Gesamtbewertung: Wirksamkeit mittel, Umsetzbarkeit mittel, Nachhaltigkeit hoch.

Beschreibung: Absenkung des Wahlalters auf 16 (mindestens für Europa- und Kommunalwahlen), automatische Wählerregistrierung, barrierefreie Wahllokale und großzügige Brief-/Auslandswahl; flankiert durch Erstwähler:innen-Programme an Schulen.

Wirksamkeit und Evidenz: Österreich (seit 2007) und die deutschen Europawahl-Erfahrungen 2024 zeigen: 16-/17-Jährige wählen nicht schlechter informiert, und früh geübte Wahlteilnahme verstetigt sich („Gewohnheitseffekt“, Zeglovits/Aichholzer). Effekt auf Gesamtbeteiligung ist moderat, auf Jugendrepräsentation deutlich.

Umsetzbarkeit: National unterschiedlich (teils Verfassungsänderung); politisch umkämpft, da Parteien Verteilungswirkungen kalkulieren.

Nebenwirkungen und Risiken: Gering; Hauptrisiko ist symbolische Einführung ohne begleitende politische Bildung.

Skalierbarkeit: Hoch – mehrere Mitgliedstaaten (AT, DE tlw., BE, MT) als Vorbilder.

Nachhaltigkeit: Hoch – Wahlrecht wirkt über Generationen.

Maßnahme 8: Digitale Verwaltung und i-Voting-Pilotprojekte nach estnischem Vorbild

Zeithorizont: Langfristig. **Gesamtbewertung:** Wirksamkeit mittel, Umsetzbarkeit gering–mittel, Nachhaltigkeit mittel.

Beschreibung: Aufbau sicherer digitaler Identitäten und schrittweise, wissenschaftlich begleitete i-Voting-Piloten (zunächst Auslandswähler:innen, Kommunalwahlen). Details in Fallstudie F6.

Wirksamkeit und Evidenz: Estland: 51 % Online-Stimmen bei der Parlamentswahl 2023, hohe Zufriedenheit, gut evaluierte Sicherheit – aber kein Beleg für dauerhafte Beteiligungssteigerung per se; der Nutzen liegt eher in Zugänglichkeit und Verwaltungsmodernisierung (valimised.ee; Europarat, 2025).

Umsetzbarkeit: Gering–mittel: Estlands Erfolg beruht auf 20 Jahren e-ID-Infrastruktur und hohem Institutionenvertrauen – beides ist nicht kurzfristig kopierbar. In Ländern mit niedrigem Vertrauen kann i-Voting Legitimitätszweifel verstärken.

Nebenwirkungen und Risiken: Cyberangriffe, Verlust der öffentlichen Nachvollziehbarkeit des Auszählens, Digital Divide. Papierwahl muss als Rückfallebene erhalten bleiben.

Skalierbarkeit: Begrenzt – stark kontextabhängig (Vertrauen, Infrastruktur, Wahlrechtskultur).

Nachhaltigkeit: Mittel – Technologie erfordert permanente Sicherheitsinvestitionen.

Maßnahme 9: Reform der Europäischen Bürgerinitiative (EBI)

Zeithorizont: Kurz- bis mittelfristig. **Gesamtbewertung:** Wirksamkeit mittel, Umsetzbarkeit hoch, Nachhaltigkeit mittel.

Beschreibung: Verbindlichere Folgen erfolgreicher EBIs (Pflicht der Kommission zu Gesetzgebungsvorschlag oder ausführlich begründeter Ablehnung mit Parlamentsdebatte), einfachere digitale Unterstützung, aktive Bekanntmachung.

Wirksamkeit und Evidenz: Über 100 registrierte Initiativen, aber kaum legislative Folgen – die EBI gilt als „stumpfes Schwert“. Reform ist ein günstiger Glaubwürdigkeitsgewinn; Wirkung auf breites Vertrauen allerdings begrenzt, da Nutzung ein politisiertes Minderheitenphänomen bleibt.

Umsetzbarkeit: Hoch – Sekundärrechtsänderung genügt; Kommission müsste Selbstbindung akzeptieren.

Nebenwirkungen und Risiken: Instrumentalisierung durch gut organisierte Kampagnen; Enttäuschung, wenn auch reformierte EBIs scheitern.

Skalierbarkeit: EU-Instrument; nationale Volksinitiativen als Parallelstruktur.

Nachhaltigkeit: Mittel.

Maßnahme 10: Jugendpartizipation strukturell verankern („Youth Check“ und Jugendräte)

Zeithorizont: Mittelfristig. **Gesamtbewertung:** Wirksamkeit mittel, Umsetzbarkeit hoch, Nachhaltigkeit hoch.

Beschreibung: Verpflichtende Jugendverträglichkeitsprüfung („Youth Check“) für Gesetzgebung mit Generationenwirkung, geförderte kommunale Jugendräte, Verstetigung von Formaten wie der EU-Youth-Citizens'-Assembly (Pilot „Pollinators“, 2025/26).

Wirksamkeit und Evidenz: Junge Menschen vertrauen der EU überdurchschnittlich (59 % der 15–24-Jährigen; Eurobarometer 2025) – dieses Potenzial wird derzeit kaum institutionell genutzt. Evidenz zu Youth Checks ist jung (Deutschland, Österreich); plausibler Wirkmechanismus, aber noch keine belastbaren Langzeitdaten – ausgewiesene Wissenslücke.

Umsetzbarkeit: Hoch – geringe Kosten, wenig organisierter Widerstand.

Nebenwirkungen und Risiken: Tokenismus; Überrepräsentation ohnehin engagierter Milieus.

Skalierbarkeit: Hoch.

Nachhaltigkeit: Hoch – Generationeneffekt.

Handlungsfeld C: Bildung und kulturelle Resilienz

Maßnahme 11: Demokratiebildung curricular verankern (alle Schulformen, alle Mitgliedstaaten)

Zeithorizont: Langfristig. Gesamtbewertung: Wirksamkeit hoch, Umsetzbarkeit gering–mittel, Nachhaltigkeit hoch.

Beschreibung: Politische Bildung/Demokratiebildung als verbindlicher, geprüfter Lernbereich mit erfahrungsorientierter Didaktik (Klassenräte, Schülerparlamente, Planspiele), Lehrkräftefortbildung und europäischem Kompetenzrahmen (Europarat RFCDC). Das EU Basic Skills Support Scheme 2026 (Citizenship & Digital Skills) dient als Einstiegshebel. Details in Fallstudie F5.

Wirksamkeit und Evidenz: Robuste Befunde (ICCS-Studien, Europarat): Qualitätsvolle politische Bildung erhöht demokratisches Wissen, Wirksamkeitsüberzeugung und spätere Beteiligung. Wirkung entfaltet sich über Jahrzehnte – kein Kriseninstrument, sondern Fundament.

Umsetzbarkeit: Gering–mittel: Bildungshoheit liegt bei Mitgliedstaaten/Ländern; EU kann nur koordinieren und finanzieren. Lehrkräftemangel und Stundentafel-Konkurrenz sind reale Engpässe.

Nebenwirkungen und Risiken: Politisierungsvorwürfe („Indoktrination“) von rechts wie links; Qualitätsgefälle bei schlechter Umsetzung. Beutelsbacher Konsens (Überwältigungsverbot, Kontroversität) als Standard entkräftet den Vorwurf.

Skalierbarkeit: Prinzipien übertragbar, Curricula national; Peer-Learning über Europarat/EU-Arbeitsgruppen.

Nachhaltigkeit: Sehr hoch – „generationenübergreifende Demokratieerziehung“ im Wortsinn.

Maßnahme 12: Flächendeckende Medien- und KI-Kompetenz nach finnischem Vorbild

Zeithorizont: Kurzfristiger Start, langfristige Wirkung. Gesamtbewertung: Wirksamkeit hoch, Umsetzbarkeit hoch, Nachhaltigkeit hoch.

Beschreibung: Medienkompetenz als Querschnittsaufgabe von der Grundschule bis zur Erwachsenenbildung (Bibliotheken, Volkshochschulen, Seniorenprogramme), inklusive KI-spezifischer Inhalte (Deepfake-Erkennung, Funktionsweise von Empfehlungsalgorithmen). Das im Democracy Shield angekündigte „media resilience programme“ für alle Altersgruppen wird kofinanziert und evaluiert.

Wirksamkeit und Evidenz: Finnland führt seit Jahren den europäischen Media Literacy Index an; Interventionsstudien (u. a. „Prebunking“/Inoculation, Roozenbeek & van der Linden) zeigen messbare, wenn auch abklingende Resistenzeffekte gegen Desinformation. Wichtigste Einschränkung: Effekte sind individuell und brauchen Auffrischung – Medienkompetenz ersetzt keine Plattformregulierung, sie ergänzt sie.

Umsetzbarkeit: Hoch – parteiübergreifend anschlussfähig, vergleichsweise günstig, sofort startbar.

Nebenwirkungen und Risiken: Gering; Gefahr symbolischer Einmalkampagnen statt Dauerstrukturen.

Skalierbarkeit: Hoch – finnische Materialien und EDMO-Netzwerk existieren.

Nachhaltigkeit: Hoch bei Verstetigung; KI-Dynamik erfordert laufende Aktualisierung.

Maßnahme 13: Verlässliche Finanzierung der demokratischen Zivilgesellschaft (Demokratiefördergesetz, CERV+)

Zeithorizont: Kurzfristig. Gesamtbewertung: Wirksamkeit mittel–hoch, Umsetzbarkeit mittel, Nachhaltigkeit hoch.

Beschreibung: Gesetzlich abgesicherte, mehrjährige Grundfinanzierung für Demokratietarbeit, Extremismusprävention und politische Bildung (Vorbild-Debatte: deutsches Demokratiefördergesetz, das seit 2023 aussteht); Aufstockung und Entbürokratisierung des EU-Programms CERV; Schutzklauseln gegen politisch motivierten Förderentzug.

Wirksamkeit und Evidenz: Zivilgesellschaft ist Frühwarnsystem und Träger demokratischer Alltagsarbeit; der Rechtsstaatsbericht 2025 dokumentiert, wie gezielter Finanzierungsdruck (Ungarn) den zivilgesellschaftlichen Raum verengt. Projektfinanzierung in Ein-Jahres-Zyklen verhindert nachweislich Wirkung und Personalbindung.

Umsetzbarkeit: Mittel – in Deutschland seit 2023 politisch blockiert (Bundestag, 2026); auf EU-Ebene haushaltsabhängig. Kompetenzfragen (Bund/Länder) lösbar.

Nebenwirkungen und Risiken: Vorwurf staatsnaher „gekaufter“ Zivilgesellschaft und Förderung parteiischer Akteure – transparente, pluralistische Vergabekriterien und unabhängige Vergabegremien sind Pflicht.

Skalierbarkeit: Hoch – Modelle in mehreren Staaten vorhanden.

Nachhaltigkeit: Hoch bei gesetzlicher Verankerung.

Handlungsfeld D: Medienfreiheit und digitaler Raum

Maßnahme 14: Digital Services Act konsequent durchsetzen; Forschungsdatenzugang real machen

Zeithorizont: Kurzfristig. Gesamtbewertung: Wirksamkeit mittel–hoch, Umsetzbarkeit hoch, Nachhaltigkeit mittel.

Beschreibung: Personelle Vollaussstattung der DSA-Durchsetzung, zügiger Abschluss der laufenden Verfahren (TikTok/Wahlrisiken, X/Grok, Meta), spürbare Sanktionen bei Verstößen, wirksame Umsetzung des Datenzugangs für Forschende (Art. 40) inkl. delegierter Rechtsakte, systematische Risikoaudits vor Wahlen. Details in Fallstudie F2.

Wirksamkeit und Evidenz: Erste Belege für Verhaltensänderung: TikTok akzeptierte 2025 Verpflichtungszusagen zur Werbetransparenz; nach Verfahrenseröffnung wurden Wahlschutzmaßnahmen ausgebaut (Europäische Kommission, 2024/2025). Vorläufige Feststellungen gegen TikTok und Meta wegen Transparenzverstößen zeigen, dass die Kommission durchgreift (eucrim, 2026). Grenze: Der DSA reguliert Prozesse, nicht Inhalte – gegen legale, aber toxische Desinformation wirkt er nur indirekt.

Umsetzbarkeit: Hoch – Recht in Kraft; Engpass sind Personal, Verfahrensdauer und geopolitischer Druck (US-Kritik an „Zensur“).

Nebenwirkungen und Risiken: Zensurvorwürfe und transatlantische Konflikte; Overblocking durch übervorsichtige Plattformen; lange Gerichtsverfahren.

Skalierbarkeit: EU-weit unmittelbar; „Brüssel-Effekt“ auf Drittstaaten dokumentiert.

Nachhaltigkeit: Mittel – Plattform- und KI-Entwicklung erfordert laufende Nachschärfung.

Maßnahme 15: EMFA vollständig umsetzen; Unabhängigkeit und Finanzierung öffentlich-rechtlicher und lokaler Medien sichern

Zeithorizont: Mittelfristig. Gesamtbewertung: Wirksamkeit hoch, Umsetzbarkeit mittel, Nachhaltigkeit hoch.

Beschreibung: Ambitionierte nationale Umsetzung des European Media Freedom Act (seit 8. August 2025 anwendbar): unabhängige Gremienbesetzung und mehrjährig gesicherte Finanzierung öffentlich-rechtlicher Medien, Transparenz der Medieneigentümerschaft und staatlicher Anzeigenvergabe, Schutz vor Spyware; ergänzend Förderprogramme für Lokal- und Investigativjournalismus („Nachrichtenwüsten“ schließen).

Wirksamkeit und Evidenz: Medienzensur ist laut V-Dem das häufigste Erosionsinstrument – der Schutzbedarf ist evident. Der EMFA setzt erstmals justiziable EU-Standards; das European Board for Media Services arbeitet seit Februar 2025. Wirkung steht und fällt mit nationaler Durchsetzung (Liberties, 2025) – Österreich lieferte 2026 erste Umsetzungsgesetze.

Umsetzbarkeit: Mittel – Regierungen, die Medien kontrollieren wollen, verschleppen; Vertragsverletzungsverfahren sind der (langsame) Hebel.

Nebenwirkungen und Risiken: Staatsferne der Förderung muss institutionell gesichert sein, sonst neue Abhängigkeiten; Definitionsstreit „Medium“ vs. Plattform-Publizistik.

Skalierbarkeit: EU-weit; Standards auch für Kandidatenländer (Beitrittskapitel).

Nachhaltigkeit: Hoch – unabhängige Medien sind Dauerinfrastruktur der Demokratie.

Maßnahme 16: European Democracy Shield operationalisieren: Zentrum für demokratische Resilienz, Faktencheck-Netzwerk, FIMI-Abwehr

Zeithorizont: Kurzfristig. **Gesamtbewertung:** Wirksamkeit mittel, Umsetzbarkeit hoch, Nachhaltigkeit mittel.

Beschreibung: Das seit Februar 2026 arbeitende Europäische Zentrum für demokratische Resilienz wird mit klarem Mandat, unabhängigem wissenschaftlichem Beirat und ausreichend Personal ausgestattet; das unabhängige europäische Faktencheck-Netzwerk (EDMO/EFCSN, 5 Mio. € Anschlag 2025) wird verstetigt; Attribution und Offenlegung ausländischer Einflussoperationen erfolgen regelbasiert und öffentlich. Details in Fallstudie F1.

Wirksamkeit und Evidenz: Bündelung verstreuter Kompetenzen schließt eine reale Lücke (bisher: EEAS-StratCom, EDMO, nationale Stellen nebeneinander). Wirkungsevidenz für Faktenchecks: solide für Einzelkorrekturen, schwächer für Meinungsänderung bei polarisierten Gruppen – realistische Erwartungen sind geboten.

Umsetzbarkeit: Hoch – politisch beschlossen, institutionell gestartet (Bundeskanzleramt AT, 2026).

Nebenwirkungen und Risiken: Zentraler Zielkonflikt des Katalogs: Staatliche Desinformationsabwehr kann als Wahrheitsministerium wahrgenommen werden – Kritik kommt nicht nur von Desinformationsakteuren, sondern auch von liberalen Stimmen (NEOS, 2026). Gegenmittel: strikte Beschränkung auf ausländische Manipulation und Transparenz, keine Bewertung innenpolitischer Meinungen, parlamentarische Kontrolle.

Skalierbarkeit: EU-weit; Kooperation mit Kandidatenländern explizit vorgesehen.

Nachhaltigkeit: Mittel – Bedrohung entwickelt sich schneller als Institutionen; lernende Struktur nötig.

Maßnahme 17: Politische Online-Werbung neu ordnen: TTPA evaluieren und nachschärfen

Zeithorizont: Kurz- bis mittelfristig. **Gesamtbewertung:** Wirksamkeit mittel, Umsetzbarkeit mittel, Nachhaltigkeit mittel.

Beschreibung: Die seit 10. Oktober 2025 geltende Verordnung über Transparenz politischer Werbung (TTPA) wird nach dem Rückzug von Google und Meta aus politischer Werbung in der EU zügig evaluiert: Ziel ist ein funktionierendes Transparenzregime statt eines faktischen Werbeverbots, das Kampagnen in unregulierte Kanäle (Influencer, organische Desinformation) verdrängt.

Wirksamkeit und Evidenz: Transparenzpflichten sind prinzipiell wirksam (Wer zahlt? Wie targetiert?). Der unbeabsichtigte Effekt trat aber bereits ein: Google (seit Ende 2024 angekündigt) und Meta (Oktober 2025) liefern keine politischen Anzeigen mehr in der EU aus und nennen die Anforderungen „unworkable“ (Sustentio, 2025). Das kann etablierte Parteien mit großen Organisationen begünstigen und Grauzonen-Werbung stärken – ein Lehrstück über Nebenwirkungen gut gemeinter Regulierung.

Umsetzbarkeit: Mittel – Evaluierung und delegierte Rechtsakte möglich; Neuverhandlung politisch mühsam.

Nebenwirkungen und Risiken: Sowohl Unter- als auch Überregulierung schaden; Definitionsprobleme („political/social issue ads“) bleiben schwierig.

Skalierbarkeit: EU-weit; global beachtetes Experiment.

Nachhaltigkeit: Mittel.

Maßnahme 18: Digitale Souveränität: demokratische digitale Infrastruktur und offene Alternativen

Zeithorizont: Langfristig. Gesamtbewertung: Wirksamkeit mittel–hoch, Umsetzbarkeit gering, Nachhaltigkeit hoch.

Beschreibung: Langfristiger Aufbau europäischer digitaler Basisinfrastruktur („EuroStack“-Debatte): interoperable, dezentrale soziale Netzwerke (Fediverse-Protokolle), öffentlich-rechtliche digitale Räume, europäische Cloud- und KI-Kapazitäten, Open-Source-Förderung – damit demokratische Öffentlichkeit nicht dauerhaft von den Geschäftsmodellen weniger außereuropäischer Konzerne abhängt.

Wirksamkeit und Evidenz: Struktureller Hebel: Solange Aufmerksamkeitsökonomie und Empfehlungsalgorithmen außerhalb demokratischer Verantwortung liegen, bleibt jede Inhaltsregulierung nachsorgend. Empirische Evidenz für Alternativplattform-Erfolg ist allerdings schwach (Netzwerkeffekte!); realistisch sind Nischen, Protokoll-Interoperabilität und öffentliche Beschaffungsmacht.

Umsetzbarkeit: Gering – hohe Kosten, Marktmacht der Incumbents, koordinationsintensiv; erste Bausteine (DMA-Interoperabilität, Gaia-X-Lehren) existieren.

Nebenwirkungen und Risiken: Industriepolitische Fehlallokation; „Staatsplattform“-Misstrauen; Fragmentierung des Internets.

Skalierbarkeit: EU-weit angelegt; global anschlussfähig über offene Protokolle.

Nachhaltigkeit: Hoch, wenn Infrastruktur entsteht – Grundlagencharakter.

Handlungsfeld E: Soziale Gerechtigkeit und internationale Zusammenarbeit

Maßnahme 19: Teilhabe-Offensive: Kohäsionspolitik für „abgehängte“ Regionen und Mindeststandards politischer Teilhabe

Zeithorizont: Mittel- bis langfristig. Gesamtbewertung: Wirksamkeit hoch, Umsetzbarkeit mittel, Nachhaltigkeit hoch.

Beschreibung: Demokratiefeste Neuausrichtung der Kohäsionspolitik auf strukturschwache Regionen (Daseinsvorsorge, Mobilität, lokale Öffentlichkeit als explizite Förderziele); EU-Mindeststandards für politische Teilhabe marginalisierter Gruppen (Roma-Strategierahmen konsequent umsetzen, Einbürgerungs- und kommunales Wahlrecht für langjährig Ansässige prüfen); Bürgerbeteiligung in der Verwendung von Kohäsionsmitteln (OECD-Pilotprojekte 2025).

Wirksamkeit und Evidenz: Der Zusammenhang ist gut belegt: Institutionenvertrauen variiert systematisch mit Wohnort und Chancenstruktur (JRC, 2025; OECD, 2025); die „Rache der abgehängten Orte“ (Rodríguez-Pose) erklärt Anti-System-Voten besser als viele Kulturvariablen. Frankreichs Gelbwesten-Krise 2018/19 gilt als Lehrbeispiel dafür, wie als unfair empfundene Politik (CO2-Steuer ohne Ausgleich) in eine Demokratiekrise kippen kann – und wie ein deliberativer Ausweg (Convention Citoyenne) an halbherziger Umsetzung litt.

Umsetzbarkeit: Mittel – Mittel existieren (Kohäsionsfonds), aber Zielkonflikte mit Effizienzlogik und nationalen Verteilungsinteressen; Minderheitenrechte kulturell umkämpft.

Nebenwirkungen und Risiken: Gießkanneneffekte; Erwartungsenttäuschung bei langsamer Sichtbarkeit; Klientelismusgefahr vor Ort.

Skalierbarkeit: Hoch – Problem existiert in fast allen Mitgliedstaaten; Instrumente EU-weit.

Nachhaltigkeit: Hoch – adressiert Ursachen statt Symptome.

Maßnahme 20: Demokratie-Resilienzfonds und glaubwürdige Erweiterung (Ukraine, Westbalkan, Moldau)

Zeithorizont: Mittel- bis langfristig. Gesamtbewertung: Wirksamkeit hoch, Umsetzbarkeit mittel, Nachhaltigkeit hoch.

Beschreibung: Ein gebündelter EU-Demokratie-Resilienzfonds unterstützt gefährdete Partnerstaaten (unabhängige Medien, Justizreform, Wahlinfrastruktur, FIMI-Abwehr) und koppelt Beitrittsfortschritte strikt an Demokratie-Benchmarks – mit spürbaren Zwischenbelohnungen (Marktzugang, Programme), damit der Anreiz vor dem Beitritt nicht erlahmt. Kooperationsmodalitäten mit Kandidatenländern sind im Democracy Shield bereits angelegt.

Wirksamkeit und Evidenz: Die Erweiterungsperspektive war historisch der stärkste Demokratisierungsanreiz Europas (Süd- und Osterweiterung); ihr Glaubwürdigkeitsverlust nach 2010 korreliert mit Backsliding auf dem Westbalkan. Moldau und Ukraine zeigen unter akuter Bedrohung hohe Reformbereitschaft. Risiko-Lehre aus Ungarn: Beitritt ohne nachlaufende Sicherungen (Maßnahmen 1, 3, 5) kann Rückfälle nicht verhindern.

Umsetzbarkeit: Mittel – finanziell erheblich (Größenordnung mehrere Mrd. €/Jahr), politisch von Erweiterungsmüdigkeit und Vetodrohungen bedroht.

Nebenwirkungen und Risiken: Überdehnung; Fassadenreformen („Potemkin compliance“); geopolitische Instrumentalisierung der Fonds.

Skalierbarkeit: Auf gesamte Nachbarschaft ausweitbar.

Nachhaltigkeit: Hoch – Demokratie in der Nachbarschaft ist Sicherheitspolitik im Wortsinn.

4. Vertiefte Fallstudien zu sechs Schlüsselmaßnahmen

Sechs Maßnahmen werden vertieft analysiert, weil sie entweder besonders hohen erwarteten Nutzen haben (F2, F3, F4, F5), den zentralen Zielkonflikt des Katalogs verkörpern (F1) oder als vielzitiertes Vorbild kritischer Einordnung bedürfen (F6).

Fallstudie F1: Der European Democracy Shield und das Zentrum für demokratische Resilienz – Schutz ohne Zensur? (zu Maßnahme 16)

Hintergrund und Problemstellung

Am 12. November 2025 legten Kommission und Hoher Vertreter die Mitteilung „European Democracy Shield: Empowering Strong and Resilient Democracies“ vor; Ende Februar 2026 nahm das Europäische Zentrum für demokratische Resilienz die Arbeit auf (EPRS, 2026; Bundeskanzleramt Österreich, 2026). Anlass war die neue Qualität hybrider Bedrohungen: koordinierte Informationsmanipulation aus dem Ausland (FIMI), KI-gestützte Kampagnen und die Erfahrung des rumänischen Wahlfalls. Das Problem: Die Abwehrkompetenzen waren zersplittert (EEAS StratCom, EDMO, nationale Behörden), Reaktionswege langsam, Attributionspraxis uneinheitlich.

Zugleich ist keine Maßnahme dieses Katalogs so umstritten: Kritiker – von liberalen Parteien bis zu Teilen der Presse – warnen, ein staatlich koordinierter Kampf gegen „Desinformation“ könne in die Bewertung legitimer Meinungen abgleiten (NEOS, 2026). Diese Kritik ernst zu nehmen ist keine Schwäche, sondern Bedingung der Wirksamkeit: Ein Schutzschild, der als Zensurinstrument wahrgenommen wird, beschädigt das Vertrauen, das er schützen soll.

Konkrete Umsetzungsvorschläge

- Enges Mandat gesetzlich fixieren: Das Zentrum befasst sich mit ausländischer Informationsmanipulation und Wahlinfrastruktur-Bedrohungen – nicht mit der inhaltlichen Bewertung innenpolitischer Debattenbeiträge. Diese Grenze gehört in den Rechtsakt, nicht nur in Absichtserklärungen.
- Transparenz als Default: Regelmäßige öffentliche Bedrohungsberichte, offengelegte Attributionsmethodik, jährliche Anhörung im Europäischen Parlament; unabhängiger wissenschaftlicher Beirat mit Veröffentlichungsrecht.
- Das unabhängige Faktencheck-Netzwerk (EDMO/EFCSN, Anschubfinanzierung 5 Mio. € ab 2025) organisatorisch strikt vom Zentrum trennen: Faktenchecks bleiben zivilgesellschaftlich-journalistisch, der Staat liefert allenfalls Infrastruktur und Daten.
- Krisenprotokoll für Wahlen (siehe Maßnahme 2) beim Zentrum ansiedeln, mit klar definierten, gerichtlich überprüfbaren Auslöseschwellen.
- Kooperationsschiene mit Kandidatenländern (Ukraine, Moldau, Westbalkan) ausbauen – dort ist der FIMI-Druck am höchsten und der Lerneffekt für die EU am größten.

Kritische Bewertung

Pro: Schließt eine dokumentierte Fähigkeitslücke; schnelle Umsetzbarkeit (Institution existiert); Bündelung erhöht Reaktionsgeschwindigkeit; Ausrichtung auf ausländische Akteure ist völkerrechtlich und demokratietheoretisch gut begründbar.

Contra: Wirkungsevidenz für Desinformationsabwehr insgesamt ist begrenzt – Faktenchecks korrigieren Einzelbehauptungen, ändern aber bei stark polarisierten Gruppen selten

Überzeugungen; die Grenze ausländisch/inländisch ist bei kaskadierender Verbreitung schwer zu ziehen; institutionelle Eigendynamik („mission creep“) ist ein reales Risiko. Zudem droht geopolitischer Konflikt, da US-Akteure europäische Plattformaufsicht als Zensur rahmen.

Fazit: Wirksamkeit mittel, Umsetzbarkeit hoch, Risiko mittel bis hoch – die Maßnahme lohnt sich, aber nur mit harten rechtsstaatlichen Leitplanken. Sie ist der Testfall dafür, ob Europa wehrhaft sein kann, ohne illiberal zu werden.

Empfohlene erste Schritte (Pilotcharakter)

1. Bis Ende 2026: Rechtsakt mit Mandatsbegrenzung, Beirat und Berichtspflichten; erste öffentliche FIMI-Lageberichte.
2. Wahljahr-Pilot: Begleitung von zwei nationalen Wahlen 2027 mit vollständigem Krisenprotokoll und unabhängiger Ex-post-Evaluation.
3. Wissenschaftliches Begleitprogramm: Wirkungsmessung von Faktenchecks und Prebunking unter EU-Bedingungen (Wissenslücke ausdrücklich anerkannt).

Fallstudie F2: DSA-Durchsetzung und die Lehren aus Rumänien 2024 (zu Maßnahmen 2 und 14)

Hintergrund und Problemstellung

Die Annullierung der rumänischen Präsidentschaftswahl am 6. Dezember 2024 – zwei Tage vor der Stichwahl – war ein Präzedenzfall in der EU-Geschichte: Das Verfassungsgericht stützte sich auf freigegebene Geheimdienstberichte über koordinierte inauthentische Konten, algorithmische Bevorzugung und nicht deklarierte Kampagnenfinanzierung zugunsten von Călin Georgescu auf TikTok (Atlantic Council, 2024). Die Kommission eröffnete am 17. Dezember 2024 ein förmliches DSA-Verfahren gegen TikTok wegen unzureichender Risikominderung bei Wahlintegrität; 2025/26 folgten vorläufige Feststellungen gegen TikTok und Meta (Transparenzpflichten) sowie ein neues Verfahren gegen X wegen Grok (Europäische Kommission, 2024; eucrim, 2026).

Der Fall zeigt dreierlei: Erstens funktioniert Manipulation heute über Empfehlungssysteme und Creator-Netzwerke, nicht primär über klassische Anzeigen. Zweitens kam die staatliche Reaktion zu spät und griff dann zum schärfsten denkbaren Mittel – der Annullierung –, was monatelange Proteste und dauerhafte Legitimitätszweifel erzeugte; die Wahlwiederholung im Mai 2025 (Sieg Nicușor Dans mit 53,6 %) beendete die Krise, aber nicht die Polarisierung. Drittens wirkt Aufsicht: TikTok verstärkte nach Verfahrenseröffnung Kennzeichnung und Moderationskapazitäten messbar (Global Witness, 2025).

Konkrete Umsetzungsvorschläge

- DSA-Enforcement personell verdoppeln und Verfahren priorisieren, die Wahlintegrität betreffen; Zielvorgabe: Abschluss wahlbezogener Verfahren binnen 12 Monaten.
- Verbindliche „Wahl-Stresstests“ für sehr große Plattformen 3 Monate vor jeder nationalen Wahl und Europawahl (Szenario-Übungen mit Behörden, wie vor der Europawahl 2024 erprobt – aber verpflichtend und veröffentlicht).
- Art.-40-Forschungsdatenzugang operativ machen: Ohne unabhängige Forschung bleibt die Beweisführung bei Manipulationen von Geheimdiensten abhängig – rechtsstaatlich unbefriedigend, wie Rumänien zeigte.

- Standards für den Extremfall definieren: Europaratsweite Leitlinien (Venedig-Kommission), unter welchen Beweis- und Verfahrensbedingungen Wahlannullierungen zulässig sind – damit das schärfste Schwert nicht zur politischen Waffe wird.

Kritische Bewertung

Pro: Recht existiert und zeigt erste Verhaltenseffekte; Prozessregulierung (Risikominderung, Transparenz) ist meinungsfreiheitsschonender als Inhalteverbote; EU-weite Skalierung eingebaut.

Contra: Durchsetzung ist langsam relativ zur Kampagnendynamik (Wochen vs. Verfahrensjahre); Bußgelder treffen Konzerne, deren Anreizstrukturen (Engagement-Maximierung) unverändert bleiben; geopolitische Kosten durch US-Konflikt; Gefahr, dass Plattformen sich – wie bei politischer Werbung unter der TTPA geschehen – schlicht zurückziehen und Diskurse in weniger regulierte Räume wandern.

Offene Wissenslücke: Wie stark algorithmische Amplifikation Wahlergebnisse tatsächlich verschiebt, ist wissenschaftlich umstritten; die rumänischen Geheimdienstbefunde wurden nie vollständig unabhängig verifiziert. Genau deshalb ist der Forschungsdatenzugang keine Nebensache, sondern Kern der Maßnahme.

Empfohlene erste Schritte

1. 2026: Abschluss der laufenden Verfahren gegen TikTok, X und Meta mit klarer, veröffentlichter Begründung – Präcedenzwirkung zählt mehr als Bußgeldhöhe.
2. 2026/27: Delegierter Rechtsakt zu Art. 40 vollständig operationalisiert; erste Forschungskohorte mit Plattformdaten zu Wahlkampagnen.
3. 2027: Verpflichtender Wahl-Stresstest vor mindestens zwei nationalen Wahlen; Venedig-Kommission legt Annullierungs-Leitlinien vor.

Fallstudie F3: Rechtsstaats-Konditionalität – was der Fall Ungarn lehrt (zu Maßnahmen 1, 3 und 5)

Hintergrund und Problemstellung

Ungarn war der Labortest für alle EU-Werteinstrumente: Das 2018 eingeleitete Artikel-7-Verfahren blieb folgenlos, weil Sanktionsbeschlüsse Einstimmigkeit erfordern und sich betroffene Regierungen gegenseitig deckten (lpb BW, 2024). Wirkung entfaltete erst die finanzielle Konditionalität: Ab 2021 wurden Ungarn in der Spitze rund 30 Mrd. € vorenthalten; für die Freigabe von 10,2 Mrd. € Ende 2023 musste die Regierung konkrete Justiz- und Antikorruptionsreformen liefern (LTO, 2022; JuWissBlog, 2025). Zugleich zeigt der Fall die Grenzen: Der Rechtsstaatsbericht 2025 attestierte Ungarn weiterhin Stillstand bei sieben von acht Empfehlungen – Konditionalität erzwang punktuelle Reformen, stoppte aber nicht die systemische Erosion.

Der Regierungswechsel im April 2026 (Tisza: 53,2 %, Zweidrittelmehrheit; Wahlbeteiligung 79 %) eröffnet ein neues Kapitel – und eine neue Aufgabe: Die EU muss nun den rechtsstaatlichen Wiederaufbau unterstützen, ohne bei der nächsten illiberalen Regierung (in Ungarn oder anderswo – die Slowakei folgt erkennbar dem Orbán-Playbook, bislang ohne finanzielle Konsequenzen; Balkan Insight, 2025) wieder bei null anzufangen.

Konkrete Umsetzungsvorschläge

- MFR 2028+: Rechtsstaats-Konditionalität als horizontales Prinzip über alle Fonds, mit ex ante definierten, messbaren Auszahlungsbedingungen („Super-Meilensteine“ nach Vorbild der Aufbaufazilität).
- Gleichbehandlung sichern: Auslösung nach transparenten Indikatoren (Kopplung an Maßnahme 3), nicht nach politischer Opportunität – der Slowakei-Fall beschädigt derzeit die Glaubwürdigkeit.
- Endbegünstigte schützen: Direktverwaltungsfenster, über das Kommunen, Hochschulen und NGOs in sanktionierten Staaten EU-Mittel unter Umgehung der Zentralregierung erhalten.
- „Wiederaufbau-Fazilität Rechtsstaat“: Technische und finanzielle Unterstützung für Regierungen, die nach demokratischen Wenden Institutionen reparieren (aktuell: Ungarn) – Entvermachtung von Medien, Justiz, Vergabewesen dauert Jahre und braucht Begleitung.
- Parallel den Konventsprozess für die Artikel-7-Reform (Maßnahme 5) vorbereiten – Konditionalität ersetzt keine funktionierende politische Sanktionsarchitektur.

Kritische Bewertung

Pro: Einziges empirisch nachweislich wirksames Zwangsinstrument der EU-Wertepolitik; regelbasiert skalierbar; vom EuGH bestätigt; wirkt präventiv auf Nachahmer.

Contra: Nährt Anti-Brüssel-Narrative und kann Bevölkerungen treffen statt Regierungen (ohne Schutzmechanismen); politisch selektive Anwendung droht; erzwungene Reformen bleiben oft Fassade, solange die Regierung ideologisch unverändert ist – Konditionalität kauft Zeit, sie ersetzt keinen innenpolitischen Wandel. Der ungarische Machtwechsel kam letztlich durch Wahlen, nicht durch Brüssel; die Instrumente haben aber die Spielräume der Regierung verengt und die Opposition indirekt gestützt.

Empfohlene erste Schritte

1. 2026: Kommissionsvorschlag zur Konditionalitätsarchitektur im MFR 2028+ mit Endbegünstigten-Schutz.
2. 2026/27: Anwendungsprüfung Slowakei nach denselben Kriterien wie Ungarn – Glaubwürdigkeitstest.
3. 2027: Pilot „Wiederaufbau-Fazilität Rechtsstaat“ mit Ungarn; unabhängige Evaluation nach 24 Monaten.

Fallstudie F4: Bürgerräte institutionalisieren – von Irlands Erfolg zur europäischen Regel (zu Maßnahme 6)

Hintergrund und Problemstellung

Repräsentative Demokratien leiden an einem Responsivitätsproblem: Bürger:innen wählen, fühlen sich aber zwischen Wahlen machtlos – Krastevs „Paradox der gewählten Ohnmacht“ (Krastev, 2025). Losbasierte Bürgerräte („mini-publics“) versprechen Abhilfe: Zufällig ausgewählte, demografisch gespiegelte Gruppen beraten mit Expertenzugang über konkrete Fragen. Die OECD zählt die Verbreitung solcher Verfahren als „deliberative wave“ und dokumentiert bei guter Durchführung bessere Politikergebnisse, Entscheidungsfähigkeit bei blockierten Themen und Vertrauensgewinne (OECD, 2020; OECD Government at a Glance, 2025).

Das Erfolgsbeispiel ist Irland: Die Citizens' Assemblies zu Gleichgeschlechtlicher Ehe (2015) und Abtreibung (2016–2018) bereiteten Verfassungsreferenden vor, die jahrzehntelange Blockaden lösten – entscheidend war die feste Kopplung an Referendum und Parlament. Das Gegenbeispiel ist Frankreichs Convention Citoyenne pour le Climat (2019/20, als Antwort auf die Gelbwesten-Krise): Von 149 Empfehlungen wurde nur ein Teil umgesetzt, das Versprechen der „ungefilterten“ Übernahme gebrochen – Ergebnis war messbare Enttäuschung. Auch die EU-eigenen Citizens' Panels (seit der Zukunftskonferenz, zuletzt zum EU-Haushalt 2025 mit Feedback-Event 2026) gelten als methodisch solide, aber folgenarm: „Greater ambition needed“ (EPC, 2024; Föderalist, 2026).

Konkrete Umsetzungsvorschläge

- Gesetzliche Antwortpflicht: Parlament/Regierung müssen binnen 6 Monaten jede Empfehlung öffentlich annehmen, modifizieren oder begründet ablehnen – die Erfahrung zeigt: Ohne diese Pflicht kippt Beteiligung in Zynismusproduktion.
- Klare Mandate: Konkrete, entscheidungsreife Fragen (wie in Irland) statt Generaldebatten; Themen mit Parteienblockade eignen sich besonders.
- EU-Ebene: Ständige Citizens' Panels mit Initiativrecht gegenüber der Kommission für je eine Jahresfrage, verzahnt mit EP-Ausschüssen.
- Qualitätsstandards nach OECD-Evaluationsleitlinien (2021): unabhängige Durchführung, transparente Auswahl, ausgewogener Expertinnen-Input, veröffentlichte Evaluation jedes Verfahrens.
- Kommunale Breite: Förderprogramm für Bürgerräte in Städten und Landkreisen – dort ist die Distanz zwischen Entscheidung und Alltag am kleinsten und der Lerneffekt am größten.

Kritische Bewertung

Pro: Belegte Fähigkeit, polarisierte Themen zu entgiften; hohe wahrgenommene Fairness des Losverfahrens; kostengünstig im Vergleich zu Vertrauensverlustfolgen; in über 20 Ländern erprobt.

Contra: Wirkt direkt nur auf Teilnehmende und mediale Öffentlichkeit – Effekte auf das Systemvertrauen der Gesamtbevölkerung sind empirisch noch dünn belegt (ausgewiesene Wissenslücke); Konkurrenzangst der Parlamente ist real und muss ernst genommen werden (Bürgerräte beraten, Parlamente entscheiden – diese Arbeitsteilung gehört in jedes Design); Populisten framen Lose als „Umgehung des Wählerwillens“.

Zielkonflikt-Check: Stärkung deliberativer Gremien und Stärkung der Parlamente (Maßnahme 4, 5) widersprechen sich nicht, sofern Bürgerräte konsultativ mit Antwortpflicht bleiben – sie verschieben keine Letztentscheidungsrechte.

Empfohlene erste Schritte

1. 2026/27: Zwei nationale Pilot-Bürgerräte mit gesetzlicher Antwortpflicht zu je einem blockierten Thema (z. B. Pflegefinanzierung, Wohnungspolitik); begleitende Panel-Studie zu Vertrauenseffekten.
2. 2027: EU-Panel mit förmlicher Kommissions-Response und EP-Plenardebatte.
3. Ab 2028: Verstetigungsentscheidung auf Basis der Evaluationen – ausdrücklich auch mit der Option, bei negativer Evidenz zu stoppen.

Fallstudie F5: Demokratie- und Medienbildung – das langsamste, aber tiefste Instrument (zu Maßnahmen 11–13)

Hintergrund und Problemstellung

Alle schnellen Schutzmaßnahmen dieses Katalogs behandeln Symptome, solange die Nachfrageseite der Desinformation – Empfänglichkeit, geringe politische Selbstwirksamkeit, Institutionenmisstrauen – unverändert bleibt. Finnland gilt als Referenzfall: Medienkompetenz ist dort seit Jahrzehnten Querschnittsaufgabe von der Frühbildung bis zur Erwachsenenbildung, getragen von Schulen, Bibliotheken und Medienhäusern; das Land führt den europäischen Media Literacy Index regelmäßig an. Die EU zieht nach: Das Basic Skills Support Scheme 2026 nimmt erstmals Citizenship und Digital Skills in den Kern der Bildungszusammenarbeit; das Democracy-Shield-Paket kündigt ein Medienresilienz-Programm für alle Altersgruppen an (EPRS, 2026).

In Deutschland illustriert das seit 2023 nicht verabschiedete Demokratiefördergesetz das strukturelle Problem: Demokratiewerke werden überwiegend in kurzatmigen Projektzyklen finanziert, Trägerlandschaften leben in permanenter Unsicherheit, und die gesetzliche Verstetigung scheitert an parteipolitischen Streit (Bundestag, 2026; Deutsches Kinderhilfswerk, 2025).

Konkrete Umsetzungsvorschläge

- Curriculare Verankerung von Demokratiebildung mit erfahrungsorientierter Didaktik (Klassenrat, Schulparlamente, Service Learning) und verbindlicher Lehrkräftefortbildung; Qualitätsrahmen nach Europarat-RFCDC; Kontroversitätsgebot (Beutelsbacher Konsens) als expliziter Standard.
- Medien- und KI-Kompetenz lebensbegleitend: Curriculum-Bausteine zu Empfehlungsalgorithmen, Deepfakes und Quellenprüfung; Erwachsenenprogramme über Bibliotheken und Volkshochschulen (finnisches Modell); Zielgruppenfokus auch auf Ältere, die von Desinformation überproportional erreicht werden.
- Demokratiefördergesetze: mehrjährige Grundfinanzierung, unabhängige pluralistische Vergabegremien, wissenschaftliche Begleitung; EU-seitig CERV-Aufstockung mit vereinfachtem Zugang für kleine Träger.
- Prebunking skalieren: Kurzinterventionen zur Manipulationstechnik-Erkennung (Inoculation-Ansatz) über öffentliche Kampagnen und Plattform-Kooperationen – mit eingebauter Wirkungsmessung, da Effekte abklingen und Auffrischung brauchen.

Kritische Bewertung

Pro: Adressiert Ursachen statt Symptome; breite politische Anschlussfähigkeit; solide (wenn auch überwiegend korrelative bzw. kurzfristexperimentelle) Evidenzbasis; sehr hohe Nachhaltigkeit; geringe Grundrechtsrisiken.

Contra: Wirkungslatenz von Jahren bis Jahrzehnten – als alleinige Antwort auf akute Bedrohungen ungeeignet; Bildungsföderalismus und Lehrkräftemangel bremsen; kausale Langzeitevidenz („Media Literacy senkt Wahlerfolg von Desinformationskampagnen“) existiert nicht in belastbarer Form – der finnische Erfolg ist plausibel, aber nicht sauber von Kontextfaktoren (Vertrauensniveau, Mediensystem, Bildungssystem) zu trennen. Diese Unsicherheit spricht nicht gegen die Maßnahme, wohl aber gegen Heilsversprechen.

Politisierungsrisiko: Demokratiebildung wird von populistischer Seite als staatliche Gesinnungserziehung angegriffen; das wirksamste Gegenmittel ist strikte Überparteilichkeit und Kontroversitätsdidaktik – Demokratiebildung lehrt streiten, nicht zustimmen.

Empfohlene erste Schritte

1. 2026: Nutzung des EU Basic Skills Support Scheme für nationale Pilotprogramme; Wiedervorlage des Demokratiefördergesetzes in Deutschland mit unabhängigem Vergabemodell.
2. 2027: Europäisches Peer-Review-Netzwerk Demokratiebildung (Europarat/EU) mit gemeinsamem Kompetenzmonitoring (ICCS-Beteiligung aller Mitgliedstaaten).
3. Laufend: Jede Förderlinie mit verpflichtender, veröffentlichter Evaluation – die Evidenzlücke ist nur durch eigene Datenproduktion zu schließen.

Fallstudie F6: Estlands i-Voting – Vorbild mit Bedienungsanleitung, nicht Blaupause (zu Maßnahme 8)

Hintergrund und Problemstellung

Estland ist das einzige Land der Welt mit flächendeckendem, rechtsverbindlichem Internetwahlrecht (seit 2005). Bei der Parlamentswahl 2023 wurden erstmals mehr als die Hälfte der Stimmen (51 %) online abgegeben; die Kommunalwahl 2025 verzeichnete mit 59,2 % eine der höchsten Kommunalwahlbeteiligungen und über 270.000 Online-Stimmen; der Europarat bescheinigte gut organisierte, transparente Wahlen (valimised.ee, 2025; Europarat-Kongress, 2025). Grundlage ist die für alle verpflichtende e-ID mit qualifizierter Signatur, eingebettet in 20 Jahre digitale Verwaltungspraxis: Wer mit derselben Karte Bankgeschäfte, Steuern und Arztgänge erledigt, vertraut ihr auch beim Wählen.

Genau darin liegt die kritische Pointe: Estlands System ist das Produkt eines historischen Sonderwegs (Neuaufbau des Staates nach 1991, kleine Bevölkerung, hohes Institutionenvertrauen, früh normalisierte digitale Identität). Sicherheitsforscher haben über die Jahre wiederholt Schwachstellen benannt (estoniaevoting.org); Estland hat darauf mit kryptografischer Weiterentwicklung (Verifizierbarkeit, Mixnets) reagiert. Übertragen auf Staaten mit polarisiertem Klima und geringem Wahlbehörden-Vertrauen könnte dieselbe Technologie das Gegenteil bewirken: Jede knappe Wahl würde von Manipulationsvorwürfen begleitet, die sich – anders als bei physischen Stimmzetteln – nicht durch öffentliches Nachzählen ausräumen lassen.

Konkrete Umsetzungsvorschläge

- Reihenfolge respektieren: erst digitale Identität und Alltagsdienste (Verwaltung, Gesundheit), dann Beteiligungsformate (Petitionen, Konsultationen), erst zuletzt Wahlen – Estlands Erfolgsformel war Vertrauen vor Technologie.
- Pilotierung nur in Nischen mit klarem Zusatznutzen: Auslandswähler:innen (heute faktisch oft entrechtet durch Briefwahllogistik), Menschen mit Mobilitätseinschränkungen; immer parallel zur Papierwahl, nie als Ersatz.
- Ende-zu-Ende-Verifizierbarkeit, vollständige Quellcode-Offenlegung, unabhängige internationale Audits und öffentliche Bug-Bounty-Programme als nicht verhandelbare Standards.

- EU-Rolle: kein harmonisiertes i-Voting (Wahlrecht ist national), sondern Forschungsförderung, Sicherheitsstandards (ENISA) und strukturierter Erfahrungsaustausch mit Tallinn.

Kritische Bewertung

Pro: Bewiesene Machbarkeit über 20 Jahre und dutzende Wahlgänge; erhebliche Zugänglichkeitsergebnisse; Modernisierungssignal an junge Wähler:innen; Estlands System hat externe Angriffe (u. a. im Umfeld russischer Cyberoperationen) bislang ohne nachgewiesene Manipulation überstanden.

Contra: Kein belastbarer Beleg, dass i-Voting die Gesamtwahlbeteiligung dauerhaft erhöht (es verlagert eher den Kanal); Vertrauensvoraussetzungen sind in den meisten EU-Staaten nicht gegeben; das Verfahren opfert die laienverständliche Nachvollziehbarkeit der Urnenwahl zugunsten kryptografischer Expertenprüfbarkeit – in Misstrauensgesellschaften ein gefährlicher Tausch; Deutschland etwa hat mit dem Wahlcomputer-Urteil des BVerfG (2009, Öffentlichkeitsgrundsatz) eine hohe verfassungsrechtliche Hürde.

Fazit: Estland lehrt weniger „führt i-Voting ein“ als „baut über Jahrzehnte vertrauenswürdige digitale Staatlichkeit“. Der Katalog stuft die Maßnahme deshalb als langfristig ein, mit strikter Pilotlogik.

Empfohlene erste Schritte

1. 2026–2028: EU-geförderte Forschungs- und Auditlinie zu verifizierbarem Online-Wählen; Aufbau interoperabler digitaler Identitäten (eIDAS 2.0/EUDI-Wallet) als Grundlage.
2. Ab 2028: Freiwillige Piloten einzelner Mitgliedstaaten für Auslandswähler:innen mit internationaler Beobachtung und veröffentlichter Evaluation.
3. Dauerhaft: Papierwahl als vollwertige, gleichberechtigte Rückfallebene garantieren.

5. Zeitplan und Priorisierung

5.1 Prioritätenmatrix: Wirksamkeit × Umsetzbarkeit

Die Matrix ordnet alle 20 Maßnahmen nach erwarteter Wirksamkeit und politisch-institutioneller Umsetzbarkeit. Sie ersetzt keine Detailbewertung (Kapitel 3), macht aber die Handlungslogik sichtbar: Quick Wins schaffen Momentum und Glaubwürdigkeit, systemische Reformen brauchen den langen Atem – beides muss parallel laufen.

	Umsetzbarkeit HOCH	Umsetzbarkeit MITTEL/GERING
Wirksamkeit HOCH	QUICK WINS – sofort starten M2 Wahl-Krisenprotokoll · M12 Medien-/KI-Kompetenz · M14 DSA-Durchsetzung	SYSTEMISCHE REFORMEN – jetzt vorbereiten, mittelfristig durchsetzen M1 Konditionalität MFR 2028+ · M4 Justizschutz · M6 Bürgerräte · M11 Demokratiebildung · M15 EMFA/Medien · M19 Teilhabe-Offensive · M20 Resilienzfonds/Erweiterung · M5 Art.-7-Reform (lang)
Wirksamkeit MITTEL	SOLIDE ERGÄNZUNGEN – mit realistischen Erwartungen umsetzen M9 EBI-Reform · M10 Jugendpartizipation · M13 Zivilgesellschaftsfinanzierung · M16 Democracy Shield/Zentrum	SELEKTIV / PILOTIEREN – nur mit klarem Design und Ausstiegsoption M3 Demokratie-Score · M7 Wahlzugang/Wahlalter · M8 i-Voting-Piloten · M17 TTPA-Nachschärfung · M18 Digitale Souveränität

5.2 Empfohlene Sequenzierung

Phase 1 (2026–2028) – Schützen und Momentum aufbauen: Wahl-Krisenprotokoll (M2), DSA-Verfahren abschließen (M14), Democracy Shield rechtsstaatlich einhegen (M16), Medienkompetenz-Offensive starten (M12), Zivilgesellschaftsfinanzierung sichern (M13), EBI-Reform (M9), Jugendpartizipation (M10). Parallel: Konditionalitäts-Architektur für den MFR 2028+ verhandeln (M1) und Bürgerrats-Piloten mit Antwortpflicht aufsetzen (M6).

Phase 2 (2028–2033) – Strukturen umbauen: Konditionalität im neuen MFR scharf stellen (M1), Demokratie-Monitoring mit Konsequenzen (M3), EMFA-Durchsetzung und Journalismusförderung (M15), Justizschutzschirm (M4), Teilhabe-Offensive in der neuen Kohäsionsperiode (M19), Resilienzfonds und Erweiterungs-Benchmarks (M20), Bürgerräte verstetigen (M6), Wahlzugang erweitern (M7), TTPA-Korrektur (M17).

Phase 3 (2033 ff.) – Fundamente vollenden: Curriculare Demokratiebildung flächendeckend wirksam (M11), digitale Souveränität (M18), i-Voting nur bei positiver Pilot-Evidenz (M8), Vertragsreform inkl. Artikel 7 (M5) – realistisch im Kontext der nächsten Erweiterungsrunde.

Abhängigkeiten: M3 (Monitoring) ist Voraussetzung für glaubwürdige Anwendung von M1 (Konditionalität); M12/M11 (Kompetenz) erhöhen die Wirkung von M14/M16 (Regulierung); M19 (Teilhabe) senkt die Nachfrage nach dem, was M16 bekämpft. Die Reihenfolge ist kein Selbstzweck, sondern Wirkverstärkung.

6. Risikoanalyse: Widerstände und Gegenstrategien

6.1 Politische Widerstände

Betroffene Regierungen: Regierungen mit autoritären Tendenzen werden Konditionalität, Monitoring und Medienregeln als Souveränitätsangriff rahmen und im Rat blockieren, was blockierbar ist. Gegenstrategie: Instrumente wählen, die keine Einstimmigkeit erfordern (Konditionalitätsverordnung, DSA, Vertragsverletzungsverfahren); Koalitionen williger Staaten; Endbegünstigten-Schutz, der das Narrativ „Brüssel bestraft unser Volk“ entkräftet.

Populistische Opposition überall: Der Katalog muss den Test bestehen: „Wie reagiert ein:e Rechtspopulist:in?“ Vorhersehbare Angriffe: Democracy Shield = „Zensurministerium“; Bürgerräte = „Umgehung des Wählers“; Demokratiebildung = „Staatsindoktrination“; NGO-Finanzierung = „gekaufte Zivilgesellschaft“; Konditionalität = „Erpressung“. Diese Angriffe sind nicht nur Böswilligkeit – sie docken an reale Missbrauchsrisiken an. Die wirksamste Gegenstrategie ist daher nicht Rhetorik, sondern Design: enge Mandate, Transparenz, unabhängige Aufsicht, Überparteilichkeit, gerichtliche Überprüfbarkeit. Jede Maßnahme, die diese Standards selbst verletzt, liefert der Gegenseite Munition.

Parteitaktisches Kalkül: Auch prodemokratische Parteien blockieren Reformen, die ihnen schaden könnten (Wahlrecht, Parteienfinanzierung, Bürgerräte). Gegenstrategie: überparteiliche Kommissionen, lange Übergangsfristen, Paketlösungen mit verteilten Kosten und Nutzen.

6.2 Gesellschaftliche Widerstände

Beteiligungsmüdigkeit und Misstrauensspirale: Wer Institutionen misstraut, misstraut auch deren Reformangeboten. Symbolische Beteiligung ohne Folgen verschärft das Problem (Frankreich-Lektion). Gegenstrategie: radikale Ergebnistransparenz („Ihr habt empfohlen – das wurde daraus“), schnelle sichtbare Erfolge im Alltag (M19), keine Versprechen, die nicht gehalten werden.

Polarisierte Öffentlichkeit: Maßnahmen gegen Desinformation erreichen genau die Milieus nicht, die am stärksten betroffen sind – Faktenchecks können dort Reaktanz auslösen. Gegenstrategie: glaubwürdige Botschafter aus den Milieus selbst (lokale Vereine, Handwerk, Kirchen, Sport), Prebunking statt Debunking, lokale Medien stärken.

6.3 Rechtliche Widerstände

Kompetenzgrenzen: Bildung, Wahlrecht, Justizorganisation und Medienaufsicht sind primär mitgliedstaatlich. Überdehnte EU-Zugriffe provozieren Ultra-vires-Konflikte mit nationalen Verfassungsgerichten. Gegenstrategie: EU als Standardsetzer, Finanzier und Netzwerkknoten – nicht als Ersatzgesetzgeber; Europarat (Venedig-Kommission) als komplementäre, breiter akzeptierte Normquelle nutzen.

Grundrechtskonflikte: Desinformationsbekämpfung vs. Meinungsfreiheit (Art. 11 GRC), Plattformaufsicht vs. Privatsphäre, Sicherheits- vs. Freiheitslogik. Gegenstrategie: Prozess- statt Inhaltsregulierung, Verhältnismäßigkeitsprüfungen, Sunset-Klauseln für Kriseninstrumente, systematische Grundrechts-Folgenabschätzung (FRA einbinden).

6.4 Ressourcen- und Umsetzungsrisiken

Chronische Unterausstattung ist das stille Hauptrisiko: DSA-Enforcement, Faktencheck-Netzwerke, politische Bildung und Kohäsionsprogramme konkurrieren mit Verteidigung und Wirtschaftskrisen um Haushaltsmittel. Realistische Einordnung: Die meisten Maßnahmen dieses Katalogs kosten zusammen einen Bruchteil dessen, was ein einziger demokratischer Zusammenbruch in einem Mitgliedstaat kosten würde – ökonomisch (Binnenmarktintegrität, Rechtssicherheit) wie sicherheitspolitisch. Diese Argumentationslinie gehört in jede Haushaltsverhandlung.

7. Zukunftsszenarien: Europas Demokratie 2040

Szenarien sind keine Prognosen, sondern Denkwerkzeuge: Sie zeigen, welche heutigen Entscheidungen in welchen Zukünften den Unterschied machen. Alle drei Szenarien extrapolieren dokumentierte Trends (V-Dem 2026, Freedom House 2026, Eurobarometer 2025).

7.1 Optimistisches Szenario: „Resiliente Erneuerung“

Die Wende von 2026 (Ungarn, gestärktes EU-Vertrauen, Democracy Shield) erweist sich als Beginn einer Konsolidierung. Die Konditionalitätsarchitektur im MFR 2028+ macht Rechtsstaatsabbau ökonomisch irrational; die Slowakei korrigiert nach Wahlen, Italien und die anderen 2026 als autokratisierend eingestuft Staaten stabilisieren sich. Bürgerräte mit Antwortpflicht werden in einem Dutzend Staaten Normalität; die Generation, die ab 2026 systematische Demokratie- und Medienbildung durchläuft, wählt ab Mitte der 2030er messbar desinformationsresistenter. Die Erweiterung um Westbalkan-Staaten, Moldau und (nach Kriegsende) die Ukraine gelingt mit harten Demokratie-Benchmarks. 2040 ist die EU der größte zusammenhängende Raum liberaler Demokratie weltweit – nicht spannungsfrei, aber selbstkorrekturfähig.

Bedingungen: Konsequente Umsetzung der Phasen 1–2 (Kapitel 5), kein exogener Großschock, anhaltende transatlantische Mindestkooperation.

7.2 Pessimistisches Szenario: „Erosion von innen“

Die Reformfenster von 2026 schließen sich ungenutzt: Der MFR 2028+ verwässert die Konditionalität, das Democracy Shield bleibt unterfinanziert oder – schlimmer – wird von einer illiberalen Kommissionsmehrheit später selbst als Kontrollinstrument missbraucht. KI-generierte Desinformation überfordert Detektion und Regulierung; zwei bis drei weitere Wahl-Annullierungskrisen nach rumänischem Muster zerstören das Vertrauen in Wahlen als solche. Autokratisierende Mitgliedstaaten bilden eine Sperrminorität im Rat; Art. 7 bleibt tot, die Rechtsprechung des EuGH wird offen ignoriert. Soziale Spaltung vertieft sich, „abgehängte“ Regionen kippen dauerhaft ins antisystemische Lager. 2040 ist die EU formal intakt, aber ein Flickenteppich aus liberalen Demokratien, elektoralen Autokratien und blockierten Institutionen – V-Dems „Unraveling“ wäre eingetreten.

Frühwarnindikatoren: Verwässerte MFR-Konditionalität; folgenlose DSA-Verfahren; sinkende Wahlbeteiligung unter 40 % in mehreren Staaten; Normalisierung von Angriffen auf Gerichte; Austritt einzelner Staaten aus EMRK-Strukturen.

7.3 Realistisches Szenario: „Umkämpfte Stabilität“

Am wahrscheinlichsten ist ein Dazwischen: Kernstaaten und EU-Institutionen halten das demokratische Niveau, einzelne Mitgliedstaaten pendeln zwischen Erosion und Korrektur – wie Polen (Korrektur 2023), Ungarn (Korrektur 2026) und die Slowakei (Erosion seit 2023) es vorzeichnen. Demokratiepoltik wird Daueraufgabe wie Geldpolitik: nie „fertig“, immer umkämpft. Quick Wins gelingen, systemische Reformen bleiben Stückwerk; die Vertragsreform (M5) kommt erst mit der nächsten Erweiterung. Desinformation wird nicht besiegt, aber beherrschbar gehalten – ähnlich wie Spam: lästig, teuer, selten existenzbedrohend. Der entscheidende Unterschied

zwischen diesem und dem pessimistischen Szenario liegt in drei Variablen: Glaubwürdigkeit der Konditionalität, Zustand der Medienfreiheit und soziale Teilhabe der abgehängten Regionen.

Handlungsableitung: Genau die drei Stellschrauben des realistischen Szenarios sind die Prioritäten dieses Katalogs (M1/M3, M15, M19) – wer nur begrenzte politische Kapazität hat, investiert sie dort.

8. Die Rolle der Zivilgesellschaft, Medien und Wissenschaft

Kein Element dieses Katalogs funktioniert als reines Staatsprojekt. Nicht-staatliche Akteure sind dreifach einzubinden:

Als Träger: NGOs und Stiftungen führen Demokratiebildung, Bürgerrats-Moderation und lokale Dialogformate durch (M6, M11–M13); unabhängige Faktencheck-Organisationen (EFCSN-Netzwerk) und Investigativmedien tragen die Desinformationsabwehr (M14, M16) – gerade ihre Staatsferne ist die Wirkbedingung; Bibliotheken und Volkshochschulen sind die Infrastruktur der Erwachsenen-Medienbildung (M12).

Als Wächter: Zivilgesellschaftliche Schattenberichte (z. B. Liberties Rule of Law Report) korrigieren amtliche Selbstbilder und liefern Frühwarnung; Wissenschaft braucht dafür den DSA-Datenzugang (Art. 40) und langfristige Forschungsförderung zu Wirkungsfragen, bei denen dieser Katalog Lücken ausweist (Bürgerräte-Langzeiteffekte, Medienkompetenz-Kausalität, Algorithmen-Wirkung auf Wahlen).

Als Mitentscheider: Strukturierte Konsultation bei Democracy-Shield-Governance (Beirat), Kohäsionsmittel-Verwendung (OECD-Piloten 2025) und Demokratiefördervergabe (pluralistische Gremien). Wichtig ist institutionalisierte, nicht gnadenweise Beteiligung – mit Rederecht allein ist es nicht getan.

Schutzbedingung: All das setzt voraus, dass zivilgesellschaftliche Räume offen bleiben. Finanzierungssicherheit (M13), Schutz vor SLAPP-Klagen (EU-Anti-SLAPP-Richtlinie konsequent umsetzen) und Abwehr stigmatisierender „Agenten“-Gesetzgebung sind daher Querschnittsvoraussetzungen des gesamten Katalogs.

9. Qualitätssicherung: Plausibilitätscheck und simulierte Gegenrede

9.1 Konsistenzprüfung: Passen die Maßnahmen zusammen?

- **Bürgerbeteiligung vs. repräsentative Institutionen:** Kein Widerspruch, solange Bürgerräte (M6) konsultativ mit Antwortpflicht bleiben und Letztentscheidung bei Parlamenten liegt – der Katalog stärkt beide Ebenen komplementär.
- **Desinformationsabwehr vs. Meinungsfreiheit:** Der Katalog löst den Konflikt durch Prozessregulierung (Transparenz, Risikominderung, Forschung) statt Inhaltsverboten und durch die Beschränkung staatlicher Abwehr auf ausländische Manipulation (F1). Restspannung bleibt und wird ausgewiesen – wer sie leugnet, argumentiert unehrlich.
- **EU-Durchgriff vs. nationale Souveränität:** Aufgelöst durch Instrumentenwahl: Geld (Konditionalität) und Standards statt Zwangsharmonisierung; Bildung und Wahlrecht bleiben national, EU koordiniert und finanziert.
- **Schnelligkeit vs. Rechtsstaatlichkeit:** Krisenprotokolle (M2) erhalten gerichtlich überprüfbare Auslöser und Sunset-Klauseln – Tempo darf Verfahren nicht ersetzen, sonst reproduziert die Verteidigung den Angriff.
- **Keine Stärkung der Exekutive ohne Gegengewicht:** Wo der Katalog Exekutivkapazität aufbaut (Zentrum für demokratische Resilienz, DSA-Enforcement), koppelt er sie an parlamentarische Kontrolle, unabhängige Beiräte und Publizität.

9.2 Simulierte externe Validierung: drei Einwände, ernst genommen

Einwand 1 (rechtspopulistisch): „Der Democracy Shield ist ein Zensurkartell der Eliten gegen unbequeme Meinungen.“ – Berechtigter Kern: Missbrauchsrisiko staatlicher Wahrheitsinstanzen existiert. Antwort des Katalogs: enges gesetzliches Mandat (nur ausländische Manipulation), Transparenzpflichten, unabhängige Aufsicht, keine Inhaltsbewertung innenpolitischer Debatten. Wo Kritiker konkrete Grenzverletzungen benennen, müssen sie korrigiert werden – das ist Feature, nicht Bug.

Einwand 2 (links/sozialpolitisch): „Der Katalog kuriert Symptome; ohne Umverteilung bleibt alles Kosmetik.“ – Berechtigter Kern: Die materielle Basis des Vertrauensverlusts ist real (Kapitel 2.5). Antwort: M19 ist bewusst als Kernmaßnahme (nicht Anhängsel) eingestuft; allerdings wäre die Reduktion der Demokratiekrise auf Ökonomie ebenso einseitig – Ungarn erodierte in Jahren soliden Wachstums.

Einwand 3 (liberal-ökonomisch): „Überregulierung des digitalen Raums schadet Innovation und treibt Plattformen aus Europa – siehe TTPA.“ – Berechtigter Kern: Der Rückzug von Google und Meta aus politischer Werbung zeigt reale Nebenwirkungen. Antwort: Der Katalog nimmt genau diesen Fall als Lehrstück (M17) und fordert Evaluations- und Korrekturschleifen als Standard jeder Regulierung.

9.3 Ausgewiesene Wissenslücken

- Langzeiteffekte von Bürgerräten auf das Systemvertrauen der Nicht-Teilnehmenden: kaum belastbare Daten (F4).

- Kausale Wirkung von Medienkompetenzprogrammen auf Wahlverhalten und Desinformationsanfälligkeit auf Bevölkerungsebene: plausibel, aber nicht sauber isoliert (F5).
- Tatsächlicher Effekt algorithmischer Amplifikation auf Wahlergebnisse: wissenschaftlich umstritten; rumänische Intelligence-Befunde nie vollständig unabhängig verifiziert (F2).
- Wirkung von Demokratie-Scores/Benchmarking auf Regierungsverhalten: Evidenz aus anderen Politikfeldern gemischt (M3).
- Übertragbarkeit estnischer i-Voting-Erfahrungen auf Niedrigvertrauens-Kontexte: ungetestet (F6).

Diese Lücken sind kein Grund zur Untätigkeit, wohl aber zur eingebauten Evaluation: Jede hier empfohlene Maßnahme soll mit Wirkungsmessung und Revisionsklauseln ausgestattet werden.

10. Fazit und Handlungsempfehlungen

Europas Demokratie ist 2026 weder verloren noch sicher. Die Diagnose der Indizes ist ernst – Autokratisierung hat Westeuropa erreicht, die Meinungsfreiheit steht unter historischem Druck –, aber die Gegenbeweise sind ebenso real: Ungarns Wahlwende, Rumäniens (schmerzhaft errungene) Selbstkorrektur, das höchste EU-Vertrauen seit fast zwei Jahrzehnten. Demokratien sterben nicht an einem Schlag, und sie überleben nicht durch ein Wundermittel – sie überleben durch viele, gleichzeitig gepflegte Abwehrkräfte.

Drei Erkenntnisse tragen den Katalog: Erstens wirkt am zuverlässigsten, was Anreize verändert – die Konditionalität hat in Ungarn mehr bewegt als jede Resolution. Zweitens schützt Verfahren vor Willkür: Jede Schutzmaßnahme, die selbst intransparent oder übergriffig ist, füttert die Delegitimierungserzählung ihrer Gegner. Drittens entscheidet die soziale Dimension langfristig: Wo Menschen Teilhabe erleben, verlieren Demokratieverächter ihr Publikum.

Nächste Schritte für politische Entscheidungsträger:innen

- Bis Ende 2026: Wahl-Krisenprotokoll beschließen; Democracy-Shield-Rechtsakt mit Mandatsgrenzen; laufende DSA-Verfahren abschließen; Demokratiefördergesetze (wo ausstehend) verabschieden.
- 2027: Konditionalitätsarchitektur im MFR-2028-Vorschlag verankern; zwei nationale Bürgerrats-Piloten mit Antwortpflicht; Medienkompetenz-Programme aus dem Basic Skills Scheme kofinanzieren.
- Ab 2028: EMFA-Vertragsverletzungsverfahren konsequent führen; Kohäsionsperiode demokratiefest ausrichten; Konvent zur Artikel-7-Reform vorbereiten.

Nächste Schritte für die Zivilgesellschaft

- Schattenberichterstattung zu Rechtsstaat und Medienfreiheit ausbauen; DSA-Beschwerdewege und Datenzugang aktiv nutzen; lokale Demokratie- und Medienbildungsangebote in strukturschwachen Regionen priorisieren; Koalitionen über Milieugrenzen bilden (Sport, Kirchen, Wirtschaft), statt im eigenen Resonanzraum zu bleiben.

Nächste Schritte für die Wissenschaft

- Die in 9.3 gelisteten Wissenslücken systematisch bearbeiten; Evaluationsdesigns für Bürgerräte, Medienkompetenz und Plattformregulierung in die Programme von Beginn an einbauen; Forschungsdatenzugang (DSA Art. 40) einfordern und nutzen; Ergebnisse in öffentlich zugänglicher Form kommunizieren.

Der Preis der Demokratie ist ihre permanente Pflege. Dieser Katalog will dafür kein Schlusswort sein, sondern eine Arbeitsgrundlage – zur Kritik freigegeben, auf Revision angelegt, an der Wirklichkeit zu messen.

11. Anhang

11.1 Quellenverzeichnis (Auswahl, APA-Format)

Hinweis: Onlinequellen zuletzt abgerufen im Juli 2026. Das Verzeichnis enthält die im Text zitierten Kernquellen; es erhebt keinen Anspruch auf bibliografische Vollständigkeit der Gesamtdebatte.

- Alliance of Democracies Foundation & Nira Data. (2025). Democracy Perception Index 2025. <https://allianceofdemocracies.org/democracy-perception-index>
- Atlantic Council. (2024). Romania annulled its presidential election results amid alleged Russian interference. What happens next? <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/>
- Balkan Insight. (2025, 31. Oktober). Democracy Digest: Hungary and Slovakia are biggest rule of law decliners in EU. <https://balkaninsight.com>
- Bertelsmann Stiftung. (2024). Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2023. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bundeskanzleramt Österreich. (2026, Februar). „Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz“ geht an den Start. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at>
- Bundeszentrale für politische Bildung. (2026). Parlamentswahl in Ungarn (Hintergrund aktuell). <https://www.bpb.de>
- Congress of Local and Regional Authorities, Council of Europe. (2025). Local elections in Estonia: Well-organised and transparent elections, including via internet voting. <https://www.coe.int/en/web/congress>
- Deutscher Bundestag. (2026). Bundestag debattiert über die Demokratieförderung (Textarchiv). <https://www.bundestag.de>
- eucri. (2026). Overview of the latest developments under the Digital Services Act: November 2025 – February 2026. <https://eucri.eu>
- Europäische Kommission. (2024, 17. Dezember). Commission opens formal proceedings against TikTok on election risks under the Digital Services Act (IP/24/6487). <https://ec.europa.eu/commission/presscorner>
- Europäische Kommission. (2025). 2025 Rule of Law Report. <https://commission.europa.eu>
- Europäische Kommission. (2025, 8. Oktober). Transparenz politischer Werbung: Kommission veröffentlicht Leitlinien. <https://germany.representation.ec.europa.eu>
- Europäische Kommission & Hoher Vertreter. (2025, 12. November). Joint Communication: European Democracy Shield – Empowering Strong and Resilient Democracies.
- Europäisches Parlament, EPRS. (2026, Januar). The European Democracy Shield: An overview (Briefing PE 775.835). <https://epthinktank.eu>
- Europäisches Parlament. (2025, November). Parlament warnt vor Ungarns verschärfter Rechtsstaatlichkeitskrise (Pressemitteilung). <https://www.europarl.europa.eu>
- European Policy Centre. (2024). Assessing the European Citizens' Panels: Greater ambition needed. <https://www.epc.eu>
- Eurobarometer. (2025). Standard Eurobarometer 103 – Frühjahr 2025. <https://europa.eu/eurobarometer>
- Freedom House. (2026). Freedom in the World 2026: The Growing Shadow of Autocracy. <https://freedomhouse.org>
- Global Witness. (2025). What happened on TikTok around the annulled Romanian presidential election? <https://globalwitness.org>
- Joint Research Centre. (2025). Where we live changes our trust in institutions. <https://joint-research-centre.ec.europa.eu>

- JuWissBlog. (2025). Zwischen Hoffnung und Realität: Die Konditionalitätsmechanismen der Europäischen Union und ihre Wirkung in der Krise der ungarischen Rechtsstaatlichkeit. <https://www.juwiss.de>
- Krastev, I. (2025). Navigating power and choice: Democracy's dilemma [Vortrag/Interview].
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. (2024). EU-Rechtsstaatsmechanismus – Artikel-7-Verfahren. <https://osteuropa.lpb-bw.de>
- Legal Tribune Online. (2022). EU-Kommission will Ungarn 7,5 EU-Milliarden streichen. <https://www.lto.de>
- Liberties. (2025). EU Rule of Law Report 2025: Progress stalls as systemic failures persist / EMFA comes into force as concerns of press freedom grow. <https://www.liberties.eu>
- Mounk, Y., & Krastev, I. (2026). Ivan Krastev on why even dictators can't escape democracy [Podcast/Interview]. Persuasion. <https://www.persuasion.community>
- NEOS. (2026, Mai). Europas Demokratie schützen – aber demokratisch. <https://www.neos.eu>
- OECD. (2020). Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions: Catching the Deliberative Wave. Paris: OECD Publishing.
- OECD. (2021). Evaluation Guidelines for Representative Deliberative Processes. Paris: OECD Publishing.
- OECD. (2025). Government at a Glance 2025 – Citizen participation and deliberation. Paris: OECD Publishing.
- OECD. (2025). Exploring New Frontiers in Citizen Participation in the Policy Cycle. Paris: OECD Publishing.
- Sustentio. (2025). Neue EU-Regeln für politische Werbung (TTPA): Was bedeuten sie für NGOs, Verbände, Unternehmen? <https://sustentio.com>
- Valimised.ee (Estnische Wahlbehörde). (2025). Internet voting in Estonia – Statistik und Systembeschreibung. <https://www.valimised.ee/en>
- V-Dem Institute. (2026). Democracy Report 2026: Unraveling the Democratic Era? (10. Ausgabe). Göteborg: University of Gothenburg. <https://www.v-dem.net>
- ZDF heute. (2026). Ungarn-Wahl 2026: Magyar vorn, Orbán gratuliert. <https://www.zdfheute.de>

11.2 Glossar zentraler Begriffe

Affektive Polarisierung: Emotionale Abwertung politischer Gegner als Feinde (statt sachlicher Meinungsdifferenz); gilt als Gift für parlamentarische Kompromissfähigkeit.

Artikel-7-Verfahren: Verfahren nach Art. 7 EUV bei schwerwiegender Verletzung der EU-Grundwerte; Sanktionsstufe erfordert Einstimmigkeit der übrigen Mitgliedstaaten und ist dadurch faktisch blockiert.

Autokratisierung: Prozess des Abbaus demokratischer Qualität (Wahlen, Gewaltenteilung, Meinungsfreiheit) – Gegenbegriff: Demokratisierung; Messkonzept v. a. von V-Dem.

Bürgerrat (mini-public): Per Los repräsentativ zusammengesetzte Gruppe, die nach Information und Deliberation Empfehlungen zu einer politischen Frage erarbeitet.

DSA (Digital Services Act): EU-Verordnung 2022/2065 über digitale Dienste; verpflichtet sehr große Plattformen u. a. zu Risikominderung bei Wahlintegrität und Transparenz.

EMFA (European Media Freedom Act): EU-Verordnung 2024/1083 zum Schutz von Medienfreiheit und -pluralismus; vollständig anwendbar seit 8. August 2025.

FIMI: Foreign Information Manipulation and Interference – absichtliche, koordinierte Informationsmanipulation durch ausländische (meist staatliche) Akteure.

Konditionalitätsverordnung: Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092: erlaubt Kürzung von EU-Mitteln bei Rechtsstaatsverstößen mit Auswirkung auf den EU-Haushalt.

MFR: Mehrjähriger Finanzrahmen der EU (nächster Zyklus ab 2028).

Prebunking / Inoculation: Präventive Aufklärung über Manipulationstechniken, bevor Desinformation eintrifft; experimentell besser belegt als nachträgliches Debunking.

Rechtsstaatsbericht (Rule of Law Report): Jährlicher Kommissionsbericht zu Justiz, Korruptionsbekämpfung, Medienfreiheit und Gewaltenteilung in allen Mitgliedstaaten, mit länderspezifischen Empfehlungen.

SLAPP: Strategic Lawsuit Against Public Participation – missbräuchliche Einschüchterungsklage gegen Journalist:innen/Aktivist:innen; EU-Richtlinie 2024/1069 dagegen in Umsetzung.

TTPA: Verordnung (EU) 2024/900 über Transparenz und Targeting politischer Werbung; anwendbar seit 10. Oktober 2025.

V-Dem: Varieties of Democracy – weltweit größtes Demokratie-Messprojekt (Universität Göteborg), jährlicher Democracy Report.

11.3 Anlaufstellen für Vertiefung

Indizes und Daten: V-Dem Institute (v-dem.net) · Freedom House (freedomhouse.org) · International IDEA (idea.int) · Eurobarometer (europa.eu/eurobarometer) · Alliance of Democracies (allianceofdemocracies.org)

Think Tanks und Analyse: European Council on Foreign Relations (ecfr.eu) · Carnegie Europe (carnegieeurope.eu) · European Policy Centre (epc.eu) · Jacques Delors Institut · Stiftung Wissenschaft und Politik (swp-berlin.org) · Bertelsmann Stiftung (bertelsmann-stiftung.de)

Rechtsstaat und Grundrechte: Venedig-Kommission des Europarats (venice.coe.int) · EU-Grundrechteagentur FRA (fra.europa.eu) · Liberties (liberties.eu) · Democracy Reporting International (democracy-reporting.org)

Desinformation und Plattformen: European Digital Media Observatory EDMO (edmo.eu) · EU DisinfoLab (disinfo.eu) · EFCSN (efcsn.com) · Institute for Strategic Dialogue (isdglobal.org)

Deliberation und Beteiligung: OECD Innovative Citizen Participation (oecd.org) · FIDE – Federation for Innovation in Democracy Europe (fide.eu) · Bürgerrat.de (Mehr Demokratie e. V.)

Wissenschaftliche Zeitschriften: Journal of Democracy · West European Politics · European Journal of Political Research · Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft

